

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

20.6.1923 (No. 168)

Karlsruher Tagblatt

Preis für Juni:
in Karlsruhe: in un-
terer Geschäftsstelle und in
unseren Ausgabestellen ab-
geschickt monatlich 6500,-
bei sonstiger Bestellung monat-
lich 7000,-
auswärts: durch un-
sere Agenturen bezogen
7000,-
Einzelpreis: 250,-

Verlag, Schriftleitung und
Geschäftsstelle Ritterstraße 1,
Postfach Nr. 9547
Karlsruhe.

Anzeigenpreis für Juni:
die sechs Spaltenzeile
oder deren Raum 1000,-
auswärts 1250,-; Familien-
anzeigen und Stellen-
angebote 600,-; Reklam-
gen 2500,-; an erster
Stelle 4000,-
Nacht nach Tarif.
Anzeigen-Annahme bis 3 Uhr
mittags; kleinere Anzeigen
spätestens bis 6 Uhr nachm.

Vertriebsstellen:
Geschäftsstelle Nr. 18,
Berlin Nr. 21 und 297,
Schriftleitung Nr. 20,
Postfach Nr. 19.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenchrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**
„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Zorn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Chefredakteur: Hermann v. Jacz. Verantwortlich für Politik: Fritz Gerhardt; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Heftlein: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl
Johs; für Anzeigen: Heinrich Schriever, sämtlich in Karlsruhe, Druck und Verlag G. S. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berlin-Redaktion Dr. Richard Jäger, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telefon-Zentrum 428.
Für unverlangte Manuskripte oder Drucksaßen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beifügt ist. Erscheinung der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

120. Jahrg. **Mittwoch, den 20. Juni 1923** Nr. 168.

Das Ergänzungsgezet zum Reichsiedlungsgezet vom 11. August 1919.

Von Dr. Albrecht Gildemeister, M. d. R.

Das am 16. Mai vom Reichstag verabschiedete Ergänzungsgezet hat sich zur Aufgabe gestellt, die aus der verloren gegangenen deutschen Ostmark vertriebenen deutschen Ansiedler im deutschen Reichsgebiet wiederum sesshaft zu machen. Das Gezet, das diesem Zwecke dient, hat es gewiß nicht verdient, daß es in verschiedenen Presseorganen als „Kampf gegen das Eigentum“ oder „Kesseltreiben gegen das Eigentum“ gebremst wird. Wer sich mit diesem Gezet nur oberflächlich beschäftigt hat, und die Grundzüge des Reichsiedlungsgezetes kennt, dessen Ergänzung es dient, konnte weder eine derartige Polemik führen, noch dieser Polemik Glauben schenken. In demselben Augenblick, wo mir die erwähnten Presseerzeugnisse vorliegen, erhalte ich aus Schlesien eine Zuschrift, die dringend Abhilfe verlangt, daß viele unserer vertriebenen Landwirte aus den besetzten Gebieten jetzt noch die Flüchtlinglager füllen, statt unserem Volk durch ihre Hände Arbeit Brot zu verschaffen“. Es ist also auch dem Lande gegenüber notwendig, Kenntnis darüber zu verbreiten, daß der Reichstag, und zwar aus eigener Initiative, tatkräftig bereits daran gegangen ist, diesem Zweck durch ein besonderes Gezet zu dienen. Unzweifelhaft, wenn behauptet wird, daß es sich um einen verfassungswidrigen Eingriff in das Privateigentum handelt. Nicht nur, daß auf Grund des bestehenden Reichsiedlungsgezetes bereits 25 000 Hektar enteignet sind, die allerdings nach der Erklärung der preussischen Regierung im Landtag vom 2. März 1923 noch nicht befriedet worden sind, sondern es ist auch in der Reichsverfassung in den Artikeln 153, Absatz 2, und 155, Absatz 2, die Enteignung zum Zweck der Siedlung ausdrücklich vorgesehen. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung. Es ist absolut irreführend, wenn behauptet wird, daß diese Enteignung ohne Entschädigung erfolge, oder daß die betroffenen Eigentümer für eine lächerliche Entschädigung auf die Straße gesetzt werden. Das Reich hat auf Veranlassung des Reichstages für diesen Zweck weitere 30 Milliarden zur Verfügung gestellt, obwohl die Entschädigung selbst durch die anzunehmenden Aufwendungen neu eingekauft, daß die Entschädigung auch durch Naturalwerten usw. erfolgen könnte, um dem Wirtschaften zu begünstigen, daß die den Enteigneten gemäße Entschädigung durch den Verkauf der Mark dahinschwindet. Es ist deshalb unerhört, davon zu sprechen, daß hier ein unkontrollierbarer Kampf gegen das Grundeigentum ohne Rücksicht auf die sonstige Lage geführt würde. Das Ergänzungsgezet enthält das Mindestmaß an Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um dem schreienden Mangel abzuwehren, daß heute noch 3000 Ansiedler mit ihren Familien in der Flüchtlinglager leben. Das Ergänzungsgezet hat den Weg vorgezeichnet, im Rahmen des Reichsiedlungsgezetes durch Beschleunigung, durch Vereinfachung und durch Verbesserung des Siedlungsverfahrens zu wirken. Wenn dabei bestimmt worden ist, daß möglichst ganze Güter und möglichst mit forstlicher Nutzfläche in Anspruch genommen werden sollen, so geschah es deshalb, um die Ansiedler möglichst in geschlossenen Gemeindegemeinschaften wieder ansiedeln zu können, so wie es gelungen ist, die polnische Kolonie Chudowo auf dem Rittergut Panitzsch wieder erheben zu lassen, das mit Inanspruchnahme der forstlichen Fläche erfolgte, weil andernfalls Bauholz für die Siedlungen nicht zu beschaffen gewesen wäre.

Wer in der Öffentlichkeit das Wort nahm, war verpflichtet, mitzuteilen, daß das Recht zur Enteignung bereits im Paragraphen 15 des Reichsiedlungsgezetes vorgesehen ist. Er war weiter verpflichtet, nicht zu verschweigen, daß hiervon in erster Linie besonders schlecht bewirtschaftete, von dem Besitzer nicht selbst bewirtschaftete und unverhältnismäßig große Güter betroffen werden sollen. Dabei durfte nicht unerwähnt bleiben, daß die für die Zwecke der Wiederansiedlung der vertriebenen Ansiedler benötigten 40 000 Hektar den Landlieferungsverbänden auf ihre Verleumdung angerechnet werden, daß aber die Verpflichtung der Landlieferungsverbände insgesamt erfüllt ist, sobald ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche der großen Güter für Siedlungszwecke bereitgestellt ist. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß in den Landlieferungsverbänden lediglich die Eigentümer der großen Güter für 100 und mehr Hektar zusammengefaßt sind, sobald der bäuerliche Besitz von der Ansiedlung überhaupt nicht mehr betroffen wird. Die Landlieferungsverbände bestehen außer in Preußen nur noch in Mecklenburg und in beschränktem Umfang in Ostpreußen. In den ersten genannten Bezirken aber sind eine ganze Reihe ostpreussischer Kreise, in denen die Betriebe von 100 Hektar und darüber

70 Prozent und mehr der landwirtschaftlichen Fläche ausmachen, während der Reichsdurchschnitt sich auf 22,2 Prozent beläuft. Unwidersprochen ist in den Verhandlungen des Reichstages erklärt worden, daß die 40 000 Hektar von den Besitzungen über 100 Hektar noch nicht ein Prozent ausmachen, und der Reichsarbeitsminister selbst hat festgestellt, daß von dem preussischen Staatsbesitz 16 Prozent für Siedlungszwecke

Die Verhandlungspause.

A. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:

Der Meinungsaustrausch zwischen Brüssel, Paris und London hat auch weiterhin keinerlei Fortschritte gemacht und es besteht kein Zweifel, daß den Franzosen dieser Stillstand nicht unerwünscht ist, da sie natürlich hoffen, daß inzwischen die Kapitulation Deutschlands, mit der Poincaré seit längerer Zeit rechnet, eintreten werde. Die „Times“ glauben, daß die Unterbrechung der Verhandlungen am sich nicht ungünstig sei, denn wenn auch die formellen Unterhandlungen nicht fortgeführt worden seien, so habe man doch die den Verhandlungen günstige ruhige Atmosphäre zu erhalten gemußt. Es sei ein wirklicher Gewinn, daß diese vorläufigen Unterbrechungen nicht durch plötzliche kategorische Entscheidungen zwecklos geworden seien.

Man wird zugeben müssen, daß die Aussprüche der „Times“ außerordentlich unglücklich sind, und daß in der Zwischenzeit nichts erfolgt ist, das auf einen Meinungswechsel in Paris hinweist. Im Gegenteil, der Standpunkt der französischen Regierung ist auch heute der, daß vor jeder Verhandlung der positive Widerstand bedingungslos aufgegeben werden müsse. Nur in den Kreisen der französischen Großindustrie wird manchen davon gesprochen, es könnte möglich sein, einen Modus vivendi herzustellen, der zunächst einmal die Kohlen- und Kokslieferung durch Deutschland wieder in Gang brächte, und dadurch der deutschen Industrie gewisse Vorteile sichere. Daß dieser Gedankengang überhaupt in Erwägung gezogen wird, beweist nur die Verlegenheit der französischen Industrie und ihren Wunsch, einem unhaltbaren wirtschaftlichen Zustand ein Ende zu machen.

Die französische Politik, die eine freundschaftliche Entwicklung wünscht, sind der Meinung, daß nur England eine Einwirkung auf Frankreich und Deutschland ausüben könne und hoffen, daß die Antwort Poincarés auf das englische Memorandum nicht alle Möglichkeiten der Verständigung ausschließen werde. Ob diese Hoffnung sich aber erfüllen wird, vermag noch niemand zu sagen, da alles, was über den Inhalt der französisch-belgischen Antwort bisher gemeldet wurde, unüberprüfbar ist. Sollte es wirklich den Belgiern gelungen sein, Poincaré zu einigen Zugeständnissen zu bringen — Brüsseler Meldungen besagen, daß in wichtigen Punkten die Ansichten nicht übereinstimmen — dann wäre das für die meisten französischen Politiker eine Ueberraschung. Man darf in dieser Hinsicht sehr skeptisch sein. Wenn England eingreifen will und eingreifen vermag, dann stellen sich die französischen Optimisten die weitere Entwicklung so vor: Erklärung eines Ruhezustandes im Ruhrgebiet, Deutschland beginnt mit den Lieferungen von Kohle und Koks, Frankreich und Belgien gestalten die Besetzung unsicher, eine Konferenz der Alliierten bereitet eine internationale Konferenz vor, an der auch Deutschland teilnimmt. Die Lösung des Reparationsproblems wird dem Völkerbund übertragen, in den auch Deutschland eintreten muß. Es ist aber bekannt, daß Poincaré und seine Ratgeber solchen Gedankenkreisen sehr fern stehen. Alle Kombinationen über den Verhandlungswillen und entgegenkommende Absichten der französischen Regierung bleiben also außerhalb jeder Betrachtung. Wir können warten.

Belgiens Haltung.

Paris, 19. Juni. (Eig. Drahtber.) In einer Erklärung des Duai d'Oray heißt es, daß bis in die Spätmittagstunden noch keine Mitteilung der Brüsseler Regierung über die Beantwortung des englischen Fragebogens eingetroffen war. Die französische Regierung steht weiterhin auf dem Standpunkt, daß eine endgültige Beantwortung der englischen Fragen erst möglich sein wird, wenn die Brüsseler Regierung sich geäußert habe. Man erwartet jedoch, daß die belgische Regierung bereits in den nächsten Tagen eine Mitteilung nach Paris gelangen lassen wird. Große Bedeutung findet eine in Brüssel herrschende Stimmung, die die Gründe der belgischen Rabinetskrise, nämlich das Projekt der Dienstzeit von 14 Monaten dadurch beseitigen will, daß mit dem Ausbruch des deutschen passiven Widerstandes eine Verringerung der Besatzungsbestandes im Ruhrgebiet eintreten würde.

Auch das Zentrum für Fortsetzung des Widerstandes.

Berlin, 19. Juni. (Drahtber.) Am 16. und 17. Juni tagte in Berlin der Reichsparteitag des Zentrums. Das Referat über die

abgegeben worden sind, vom Großgrundbesitz dagegen noch nicht 2 Prozent. Dabei war ferner zu berücksichtigen, daß es volkswirtschaftlich und bevölkerungspolitisch nur die Erfüllung einer dringenden Forderung bedeutet, wenn die aus dem Ostland vertriebenen Ansiedler auch in den von bäuerlichen Siedlungen schwach durchsetzten Gebieten des Ostens wieder angesiedelt werden. Ich will von mir aus gegenüber der Polemik

Außenpolitik erstattete der Abgeordnete Marx. In den Besprechungen wurde man sich einig darin, den passiven Widerstand fortzusetzen. Einig war man sich auch in der Auffassung, daß es für die Zentrumspartei eine Rheinlandfrage überhaupt nicht gibt. Reichsfinanzminister Hermes sprach über die Finanzlage des Reiches und die nächsten Aufgaben der Steuerpolitik. Die eingehenden Besprechungen hatten das Ergebnis, es müsse mit Energie verlangt werden, auch aus außenpolitischen Gründen, das Steuereinkommen erheblich zu vermindern, um die innenpolitischen Voraussetzungen für die Sanierung des Staatshaushaltes unter allen Umständen zu verwirklichen.

Der Reichspräsident in Weimar.

W. Weimar, 19. Juni. (Drahtber.) Der Reichspräsident ist begleitet von Ministerialdirektor Dr. Meißner und dem bürgerlichen Vertreter bei der Reichsregierung, Dr. Münzel, heute vormittag zu einem Besuch der thüringischen Landesregierung und zur Eröffnung der Jugendweitspiele des Schillerbundes hier eingetroffen.

Besprechungen des Reichskanzlers.

Berlin, 19. Juni. (Drahtber.) Reichskanzler Dr. Cuno und Minister des Innern von Rosenfeld werden am Donnerstag die Vertreter der Reichstagsfraktion empfangen, um mit ihnen die außenpolitische Lage zu besprechen.

Heute Vormittag hatte der Reichskanzler eine eingehende Besprechung mit dem maßgebenden Vertretern der Banken über die durch den neuen Marksturz gestaffelte Lage. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen dürften die Parteien allen Anlaß zur Vorsicht haben. Das Ziel der Besprechungen, dessen Erreichung mit Sicherheit angenommen wird, besteht in durchgreifenden und wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Devisenentwicklung. In dem heute mittag eingetroffenen Rückschlag der Devisenkurse scheint ein Reagieren der Baisse-Spekulation auf die in Aussicht stehenden Maßnahmen zum Ausdruck zu kommen. Die bevorstehenden Maßnahmen scheinen nicht geeignet, der Spekulation einen Kauf auf Vorrat ratfam erscheinen zu lassen.

Dem „Vorwärts“ zufolge soll die Ursache des augenblicklichen Rückganges der Devisenkurse eine neue Stützungsaktion der Reichsbank sein.

Die neuen Gehälter der Angestellten und Beamten.

a. Berlin, 19. Juni. (Drahtber.) Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Angestellten haben heute abend zu einer Verständigung geführt. Der Feueranzulag wird auf 6000 Proz. ab 16. Juni erhöht. Die Frauenszulage beträgt künftig 64 000 Mk., und die Besatzungszulage für alle Orte gleichmäßig auf 80 000 Mk. festgesetzt. Die Auszahlung der Bezüge soll mit größtmöglicher Beschleunigung erfolgen.

Das wertbeständige Lohnneinkommen.

W. Berlin, 19. Juni. (Drahtber.) Ueber die Frage des wertbeständigen Lohnes fanden heute im Reichsarbeitsministerium Besprechungen mit den Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer statt. Es ergab sich dabei, daß sich die Absichten des Ministeriums und die Vorschläge der Gewerkschaften ungefähr in gleicher Richtung bewegen. Eine Reihe von Fragen bedarf noch der Klärung, sowohl seitens der Regierung, als auch der Gewerkschaften. Man hofft aber schon im Laufe der nächsten Woche in gemeinsamen Verhandlungen zu einer einmütigen Lösung zu gelangen.

gegen das Ergänzungsgezet zum Reichsiedlungsgezet nicht den Vornam des Reichsarbeitsministers wiederholen, daß es sich bei den vorgebrachten Einwendungen lediglich um Mandat handelt, um die Ablehnung des Gezetes durch die Minderheit zu rechtfertigen. Jedenfalls aber ist die jetzt eröffnete Polemik nach Form und Inhalt unverantwortlich. Ihr entgegenzutreten ist der Zweck dieser Zeilen, um zu verhindern, daß sich durch falsche Vorstellungen in weiten Kreisen festsetzen. Wer die Dinge etwas tiefer aufschaut, wird gerade aus germanischer Auffassung heraus mit dem starren römischen Eigentumsbegriff nicht auskommen können. Der landwirtschaftlich genutzte Boden ist eine lebendige Quelle der Volkswirtschaft. Es ist Pflicht der Gesetzgebung, diese so nutzbar zu machen, wie es den Interessen der Volksernährung, aber auch der landwirtschaftlichen Bevölkerung dient. Nur wer für die Katastrophe des Zusammenbruchs des Deutschen im Osten durch den Verfall der Vertrag blind ist, wird sich der Ueberzeugung verschließen, daß die große Aufgabe der Befriedung des menschenleeren Ostens noch in ganz anderer Weise wie früher gelöst werden muß.

In Einzelheiten ist aus dem Gezet noch hervorzuheben, daß die freiwillige Abgabe für die Zwecke der Siedlung den Zwang der Enteignung ausschließt. Vereinfachungen sind im Verfahren und in der Freiheit von jeder Besteuerung des Siedlungsverfahrens geschildert worden, die gegen den Widerstand des Finanzministeriums durchgeführt werden mußten. Die endgültige Entscheidung des ständigen Ausschusses bezüglich der Flüchtlingssiedlung war erforderlich, um mit den Erscheinungen aufzuräumen, welche die Vergangenheit gezeugt hatte. Erwiesen war, daß die bisherigen Maßnahmen völlig versagt hatten. Die Staatsverwaltung berief sich auf ein Verlangen des gesetzlichen Verfahrens. Diese Mängel sind durch das Ergänzungsgezet beseitigt. Es wird jetzt Sache der Verwaltung sein, das Neue leicht und wirklich durchzuführen.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über die gleichzeitig verabschiedeten Veränderungen, die nicht nur für das Ergänzungsgezet, sondern von nun an für das Reichsiedlungsgezet überhaupt gelten. Die Möglichkeit der Abfindung durch Naturalwerten und die Befreiung des Siedlungsverfahrens von jeder steuerlichen Beschränkung wurde bereits erwähnt. Weiter ist neu eingeführt, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten der enteigneten Güter nach Möglichkeit ebenfalls anzuschließen sind, ferner, daß enteigneten Betriebslandwirten gegenüber das gesetzliche Vorkaufsrecht der Siedlungsunternehmen nicht gilt, um ihnen die Wiederaufnahme eines landwirtschaftlichen Betriebes zu erleichtern. Von erheblicher Bedeutung war, daß die sogenannte Kulturverträge des § 3 des Siedlungsgezetes grundsätzlich erhalten geblieben ist, wodurch dem Eigentümer die Möglichkeit erhalten ist, die Selbstkultivierung seines Dedandes in die Hand zu nehmen.

Alles in allem glaube ich, daß der Reichstag für sich in Anspruch nehmen darf, zu einem Zweck, den auch die ablehnende Minderheit in ihren Anträgen grundsätzlich gebilligt hat, einen gesetzgeberischen Weg eingeschlagen zu haben, bei dem unter grundsätzlicher Beachtung der Grundzüge des deutschen Siedlungsrechts nun auch den vertriebenen deutschen Ansiedlern des Ostens ihr Recht werden soll.

Deutscher Reichstag

t. Berlin, 19. Juni. Am Regierungstisch Reichsfinanzminister Dr. Hermes. Das Abkommen mit den Sowjetrepubliken der Ukraine, Weißrussland, Georgien, Aserbaidschan, Armenien und der Republik des fernsten Ostens wird gebilligt. Bei diesem Abkommen wird der Rapallovertrag auf diese Republiken angewandt. Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen sollen bald aufgenommen werden. Eine diplomatische Vertretung wird von diesen Staaten voraussichtlich nur die Ukraine besitzen. — Der Aenderung des Verdrängungs- und Auslandsbeschäftigungsgezetes wird ohne weiteres zugestimmt. — Die 2. Lesung des Landessteuergezetes wird fortgesetzt. Abg. Merk (Bayr. Volksp.) bepricht die Notlage der Gemeinden und die Frage der Umlaststeuer. Nach den Ausschlußbeschlüssen soll die Umlaststeuer auch weiterhin nur 2 Proz. betragen, während die Regierung 3,5 Proz. gefordert hatte. Von dem Aufkommen der Umlaststeuer sollen die Länder 10 Prozent erhalten, Gemeinden 15 Prozent. Der Redner trat für eine Verbesserung des Anteils der Gemeinden ein. Leider sei die Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden vielfach vernichtet worden. Sie seien Kostgänger des Reiches geworden. Bei der Herkürer müßte mit Rücksicht auf Bayern die Unabhängigkeitsfrage geregelt werden.

Abg. Herold (Ztr.) vermischt die positiven Verbesserungsvorschläge der bisherigen Kritiker und bittet um Ablehnung aller Abänderungsanträge.

Abg. Peine (Soz.) begründet einen Antrag auf Befreiung der Gewerkschaften und Konsumvereine von der Umlaststeuer. — Abg. Roc-

nen (Komm.) spricht sich gegen die Steuerre-

Es folgen die allgemeinen Vorschriften. Da-

Abg. Mumm (D.M.) beantragt, das Reich

Reichsfinanzminister Dr. Hermes erklärt,

Das Haus verlegt sich auf Mittwoch nachmit-

Schluss gegen 6 Uhr.

Aus dem besetzten Gebiet

m. Münster, 19. Juni. (Drahtber.) Die Le-

Die Strecke Bern-Überhausen wurde militä-

In Dortmund haben die Franzosen, nachdem

schlaghaft hatten, noch weitere Diensträume

w. Essen, 19. Juni. (Drahtber.) Während der

w. Köln, 19. Juni. (Drahtber.) Die Be-

In der Nacht vom 17. auf 18. Juni entliefen

Im Bahnhof Pfalzborf entliefen beim Han-

An der im Bau befindlichen Strecke Sölar-

Zur Frage des Waffenstillstandes im Ruhr-

Berlin, 19. Juni. Der Vorsitzende der Deut-

Die Hungerblockade.

Essen, 19. Juni. Die durch die Unterbindung

Berlin, 19. Juni. In verschiedenen Redun-

Nonignore Testa in Essen.

w. Paris, 19. Juni. Nach einer Hausmeldung

Frankfurt a. M., 19. Juni. Aus dem Eisen-

Merk dir diesen Plag . . . !

(Auf Schlageters Märtyrertod.)

Am deutschen Rhein ein Frühlingstag,

So stirbt er mutvoll unter welschen Knechten,

Du, deutsche Jugend, merk dir diesen Plag,

Theater und Musik

Tonkünstlerfest des Allgemeinen Deutschen Musik-

Den Abschluss des Tonkünstlerfestes bildete ein

gestaltet — von Sigmund von Hausegger.

Bist man einen Ueberblick über die sämt-

lein 171 Familien, die übrigen aus Trier. Bei

Neue Maßnahmen der Franzosen.

Paris, 19. Juni. Der „Petit Parisien“ teilt

Der starke Mann in England.

w. London, 19. Juni. Dem Berichterstatter der

Aus dem besetzten badiſchen Gebiet.

Mannheim, 19. Juni. Die Franzosen haben

Besetzung der Zuckerraffinerien.

Ludwigsb., 19. Juni. Die Zuckerraffinerien

Infolge einer Bekanntmachung des franzö-

Neue Verkehrsbeschränkung im Offenburger

w. Offenburg, 19. Juni. (Drahtber.) Seit

verboten. Personen, die sich dem Posten zu ent-

Berhaftungen in der Windflügel Spreng-

t. Offenburg, 19. Juni. Die anlässlich der

Die Gemeinde Ebersweier hat die ihr aufer-

Konnte Schlageter gerettet werden?

Wie jetzt erst bekannt wird, war während der

Als die Verhaftung Heins bekannt wurde,

Heinz ist inzwischen auf Anweisung des Ober-

Die Verantwortlichen für diesen Bericht über-

gewöhnliches Gestaltungsvermögen. Dr. Bräun-

Die Karlsruher Künstlerin Anneliese Sirch,

Kunst und Wissenschaft

Ausstellung der Kunstgewerbetriebe „Arde“.

Noald Amundsen gibt den Versuch, im Flug-

Die Verschwendung beim französischen Wiederaufbau.

Ueber die Art und Weise, wie Frankreich den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete betreibt, gibt der Pariser Korrespondent der englischen Wirtschaftszeitung „The Statist“ einige Aufklärung:

Oftensichtlich hat die Art und Weise, in der Frankreich die Reparationsansprüche seiner eigenen Bürger behandelt hat, die Rechnung zu ungeheurer Größe anschwellen lassen. Hier einige Beispiele, die zur persönlichen Kenntnis des Lesers gelangt sind und für deren völlige Richtigkeit er sich verbürgt. Ein Mann, den der Krieg in Billers Brettonneux, einige Meilen von Amiens, ein geräumiges Hochhaus und einen großen Garten für 18 000 Franken. Das Haus wurde bei dem deutschen Vormarsch vom März 1918 zerstört. Der Eigentümer erhielt für die Ausgaben des Wiederaufbaues von der Commission Cantonale, die mit der Feststellung der Schäden beauftragt ist, rund 150 000 Franken. Die Folge ist, daß der Besitzer, ein einfacher Mann, den Bauunternehmern gefaßt haben mußte, ein neues Haus zu bauen, das viel größer ist, als er sich je geträumt hat. In einem Dorf im Bezirk von Doullens kennt der Korrespondent persönlich einen Landarbeiter, der vor dem Kriege niemals mehr als 3 Franken täglich erhielt. Dieser bekam kürzlich von der Regierung als Entschädigung für verlorene Arbeitszeit während der Vertreibung durch die kriegsgefehrten Ereignisse 40 000 Franken, obgleich er während der erzwungenen Abwesenheit von seinem Heimatort ohne Schwierigkeit mehr verdient als zu Hause. Diese Summe wurde ihm neben der ihm für Wiederaufbauzwecke angekauften Entschädigung ausgezahlt. Im Fall einer Zuckerrübenfabrik, die ungefähr 15 Meilen von Sainte Juste, auf der Linie zwischen Paris und Boulogne, liegt, wurden 3 Millionen Franken für die teilweise Zerstörung von Gebäuden durch Granatfeuer ausbezahlt. Diese Gebäude hatte der Eigentümer zu Beginn des Jahres 1914 für 250 000 Franken vergeblich zum Verkauf angeboten. Eine gerichtliche Untersuchung wurde in diesem besonderen Falle von Amtswegen angeordnet, aber ich weiß nicht, ob die Sache irgendwo vorwärts gekommen ist. Bei Tausenden von solchen Fällen veränderter Ausgaben ist es kein Wunder, daß die französischen Minister angeben können, Frankreich habe nahezu 100 Milliarden Franken seinen eigenen Bürgern für Kriegsschäden vorgeschossen, die auf das Konto der deutschen Reparationen zu setzen wären. Es ist wahr, daß in der letzten Zeit auf amtliche Vorstellungen hin große Anstrengungen gemacht worden sind, um den vielen unzulässigen Entschädigungsansprüchen Schranken zu setzen; denn trotz Credit National und anderer fast fortlaufend ausgegebener Anleihen war das Schatzamt nicht imstande, schnell genug Geld für die zahlreich veränderlichen Ausgaben zu beschaffen. Unterdessen haben sich Hunderttausende in den kriegszerstörten Gebieten auf Kosten des Staates im Verhältnis zu ihrer sozialen Klasse gut herausgemacht. Außerhalb der großen Städte gibt es keine Armen, keine Empfänger von Gemeindefürsorge mehr. Alle Schulden sind abgezahlt worden. Mehrertrögen und Sparsummen sind in den von Kriege berührten Bezirken in einem vorher hier nie gekannten Maße angelegt worden. Da neun Zehntel dieser Investitionen in französischen Staatspapieren erfolgten, bekommt der Staat auf der einen Seite einen Teil von dem Zins, was er auf der anderen ausbezahlt hat.

Die von dem englischen Korrespondenten mitgeteilten Tatsachen sind sehr interessant. Sie stimmen im übrigen mit dem überein, was neutrale und deutsche Beobachter in den letzten Jahren des Kriege feststellten und an die Öffentlichkeit gebracht haben.

Auswärtige Staaten

Der Ausbruch des Aetna.

Rom, 19. Juni. (Eig. Drahtber.) Der Lavastrom hat die Eisenbahnlinie nach Ferro überschritten und bewegt sich langsam auf Lingua Gloriosa zu, von wo er nur noch wenige 100 Meter entfernt ist. Auch die Ortschaft Castiglione ist bedroht. Die Festigkeit des Ausbruchs hat noch zugenommen. Die Behörden und die Gendarmerie leisten der flüchtenden Bevölkerung nach Kräften Hilfe.

Rom, 19. Juni. (Eig. Drahtber.) Im ersten Ansturm überflutete die Lava alles, was sich ihr in den Weg stellte; Weinberge, Orangengärten und Olivenhaine wurden dem glühenden Strom begeben, der binnen kurzem die Gemarkungen Ficciolo, Pallamelaia und Ferro überflutete. Etwa 30 000 Flüchtlinge bewegten sich auf Catania. Nach den neuesten Meldungen ist der Lavastrom noch nicht zum Stillstand gekommen. Seine Front befindet sich dicht vor der Station Ferro. Auch die Tätigkeit des Bewus nimmt in den letzten 24 Stunden zu. Aus dem kleinen Nebenkegel erhebt sich reichliche Lava.

Mailand, 19. Juni. Bei dem neuen Ausbruch des Aetna haben die Lavaströme auch den Bahnhof Castiglione zerstört und die um den Aetna führende Eisenbahnlinie gesperrt. Infolge der Zerstörung der Lavaströme ist die Gefahr einer Vermittlung zurzeit anscheinend gebannt. Die Bezirksbehörden sind an die Unglücksstelle geeilt. Der Minister der öffentlichen Arbeiten wird aus Rom erwartet.

Internationaler Kongreß des Studenten-Weltbundes.

Bndapest, 18. Juni. Unter der Teilnahme der Delegierten von 31 Staaten fand hier der zweite internationale Kongreß des Studenten-Weltbundes statt, der sich hauptsächlich mit Wohlfrägsfragen beschäftigte.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Rußlands.

Berlin, 19. Juni. Die Weltkonferenz für die Wirtschaftshilfe und den Wiederaufbau in Sowjetrußland wurde in Anwesenheit von 200 Delegierten des In- und Auslandes eröffnet. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Notwendigkeit der Unterstützung

aller Bestrebungen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Sowjetrußlands anerkennt und die Durchführung der bereits eingeleiteten wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen fordert.

Polnische Töne.

a. Berlin, 18. Juni. (Eig. Drahtber.) Wie wir hören, ist bei der Reichsregierung eine Beschwerde (1) der polnischen Regierung eingetroffen über die kürzliche Landtagsrede des preussischen Ministerpräsidenten Braun. Die Rede sagt, Braun habe in dieser Rede Polen vorgeworfen, es wäre keine erforderliche Toleranz gegenüber den Minderheiten, und es sei unter diesen Umständen nicht verwunderlich, wenn dies auf deutscher Seite ein ähnliches Echo hervorrufen würde. Ob die Reichsregierung auf diese Rede antworten wird, ist noch ungewiß.

Stambulinski lebt?

Paris, 19. Juni. Der „Matin“ meldet aus Mailand, einer aus Triume dorthin gelangten Meldung aus Belgad zufolge, habe der südslawische Gesandte in Sofia dem südslawischen Außenminister Nintischitski das Dementi von Stambulinski Tod zugehen lassen. Der Gesandte behauptet, es handle sich um eine Lüge Janfoms, der damit die Anhänger des ehemaligen Ministerpräsidenten zu demoralisieren gedenke. Stambulinski befinde sich mit seinen Getreuen in einem kleinen Dorfe und bereite seine Revanche vor. Andererseits veröffentlicht das südslawische Blatt „Brens“ eine offizielle Depesche aus Sofia, wonach Stambulinski am vergangenen Samstag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof des Dorfes Metron verstorben wäre.

Streik in der norwegischen Papierindustrie.

Kristiania, 18. Juni. Der von Reichsvermittlungsamt eingebrachte Vorschlag, um den Streik in der Papierindustrie zu verhindern, wurde von den Arbeitgebern angenommen, von den Arbeitern verworfen. Infolgedessen streikten seit gestern abend 15 000 Arbeiter.

England und Rußland.

Paris, 18. Juni. (Drahtber.) Der „Matin“ veröffentlicht eine Depesche aus London, in der es heißt, man schreibt der Sowjetregierung die Absicht zu, bei der britischen Regierung zu sondieren, um zu einer allgemeinen Regelung zwischen Großbritannien und Rußland zu gelangen, die die volle Anerkennung des augenblicklichen Regimes in Rußland in sich schließen soll. Die Regierung von Moskau sieht bei diesem Vorschlag auf dem Standpunkt, daß die Fragen, die jetzt Rußland und Großbritannien von einander trennen, geregelt seien.

Die Vereinigten Staaten.

Paris, 19. Juni. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, der amerikanische Botschafter in London Harve, der im Juli nach England zurückkehren wolle, werde in persönlicher inoffizieller Eigenheit die englischen Bemühungen zur Regelung der Reparationsfrage unterstützen.

Paris, 19. Juni. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus New York hat Senator Reed auf einer Rundreise durch den Staat Pennsylvania starken Mangel an Arbeitskräften festgestellt und tritt entschieden für eine Erhöhung der Einwanderungsquoten ein. Die Einwanderungsfrage wird auch einen großen Raum auf der Tagesordnung der nächsten Kongresse einnehmen.

Deutsches Reich

Die Verhandlungen zum Besoldungssperregefeh.

Berlin, 19. Juni. (Drahtber.) Der Hauptausschuß des Reichstages nahm heute eine Entscheidung an, die zunächst die Gültigkeit des bisherigen Besoldungssperregesetzes bis zum 1. April 1924 verlängert. Die Regierung zog einen von ihr vorgelegten Entwurf vor, eine zweite Veränderung des Besoldungssperregesetzes zurück, angenommen wurde eine Entschließung des Zentrums und der Sozialdemokraten, worin die Reichsregierung ersucht wird, auf die Landesregierungen dahin zu wirken, daß diese die Durchführung des Besoldungssperregesetzes gegenüber den Gemeinden und sämtlichen öffentlichen Körperschaften mit Nachdruck betreiben und daß nötigenfalls von Reich wegen Ausführungsbestimmungen zum Besoldungssperregesetz zu erlassen sind. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, welche die Reichsregierung ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß etwa erforderlich werdende Beanstandungen der Sperrbesoldungsordnung der Gemeinden und sämtlichen öffentlichen Körperschaften vom Reichsminister der Finanzen mit möglichster Beschleunigung erhoben und die sich anschließenden Streitverfahren möglichst schnell durchgeführt werden.

Wertbeständige Löhne.

a. Berlin, 19. Juni. (Eig. Drahtber.) Wie wir bereits berichteten, ist die Erörterung des Problems der wertbeständigen Löhne, das augenblicklich in Gewerkschaftskreisen eine große Rolle spielt, von den gegenwärtigen Feuerungsverhandlungen abgetrennt und zum Gegenstand besonderer Beratungen gemacht worden. Heute vormittag haben die Spitzenverbände in mehrstündiger Sitzung über dieses Problem mit dem Reichsarbeitsminister verhandelt, der seinerseits bereitwillig anerkannte, daß die augenblickliche Lage schleunigt die Schaffung eines wertbeständigen Lohnsystems fordere. Der Minister legte den Vertretern der Organisationen bereits vorläufige Richtlinien zur Lösung dieses Problems vor, die von ihm aufgestellt sind, und die im wesentlichen den gewerkschaftlichen Auffassungen entsprechen haben sollen. Im Laufe dieser Woche sollen die Richtlinien von den zuständigen Delegationen und Sachverständigen des Ministeriums behandelt und dann in einer neuen Konferenz mit den Spitzenorganisationen zum abemaligen Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden. Auch die Gewerkschaften dürfen bis dahin ihrerseits ebenfalls mit einem Programm für die Schaffung eines wertbeständigen Lohnes an die Öffentlichkeit treten. In allen beteiligten Kreisen ist man jedenfalls entschlossen, noch im Laufe der nächsten Woche endgültige Beschlüsse zu fassen. Was die Art des zu findenden Wertmessers betrifft, so scheint man in Gewerkschafts-

kreisen von dem Plane des Goldlohnabgekommen zu sein, und dafür eine Angleichung der Löhne in lofer, nicht schematischer Form an die Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltungskosten anzustreben.

Lebensmittelknappheit in Berlin.

Berlin, 19. Juni. (Eig. Drahtber.) Auf mehreren Wochenmärkten Groß-Berlins kam es heute vormittag wegen des Fehlens alter Kartoffeln zu erregten Szenen. Es wurden nur neue italienische Kartoffeln für 2800 M pro Fund überall reichlich angeboten. Dank dem Eingreifen der Polizei konnten Tumulte und Plünderungen vermieden werden.

Erweiterung des Rapallovertrages.

w. Berlin, 19. Juni. Der Reichstag nahm heute einen Gesetzentwurf an, wonach der Rapallovertrag auf die Sowjetrepubliken der Ukraine, Weißrußland, Georgien und Aserbeidschan, Armenien und die Republik des fernen Ostens ausgedehnt wird.

Der Münchener Hochverratsprozeß.

München, 19. Juni. Im Fuchs-Prozeß wurde gestern die Beweisaufnahme geschlossen. Heute Dienstag beginnen die Plaidoyers. Am Mittwoch ist das voraussichtliche Ende zu erwarten.

w. München, 19. Juni. Der Staatsanwalt beantragte am Schluß seines heutigen Plaidoyers folgendes: für Fuchs lebenslängliches Zuchthaus, 10 Millionen Geldstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer, für Munk 5 Jahre Zuchthaus, 50 Millionen Geldstrafe, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre, Zulässigkeit der Stellung unter polizeiliche Aufsicht, Ausweisung aus dem deutschen Reich und sofortige Verhaftung, für Berger 2 Jahre Festung und 200 000 M. Geldstrafe, für Andolf Gutermann 1 Jahr 5 Monate Festung und 1 Million Geldstrafe, für Richard Gutermann Freipruch.

Das Deutschtum im Auslande.

Das badische Kultusministerium hat an die Schulleiter folgenden Erlass gerichtet:

Die Sehnsucht der Deutschen nach Zusammenfassung der ganzen Nation in einem Staatswesen ist durch die Reichsverfassung von 1919 so wenig erfüllt worden wie durch die Ereignisse von 1848 und die Reichsgründung von 1871. Die Idee der Schöpfung einer großdeutschen Republik wurde im November 1918 in abemägen Hoffnungen auf das Wohlwollen der Feinde bei einem Verzicht auf die großdeutsche Einigung preisgegeben. Als tatsächlichen Lohn erhielten wir die Abtrennung weiterer deutscher Lande in offener oder verhüllter Form (Elsaß-Lothringen, Danzig, Westpreußen, oberschlesische Gebietsteile, Saarland usw.). Heute schweben sogar die Lande am Rhein in erneuter Gefahr, vom Mutterlande losgerissen oder ihm entfremdet zu werden. Die Millionenzahl der Deutschen, die außerhalb des Reiches stehen, hat sich gegenüber dem Zeitalter von 1871 bis 1918 vervielfacht.

Mit ihnen den innigsten geistigen und sittlichen Zusammenhang zu bewahren und ihnen materiellen Beistand zu leisten, wo sie zum Zwecke der Erhaltung deutscher Lebensgüter selber bedürfen, ist eine der obersten nationalen Pflichten eines jeden Reichsdeutschen. Der „Verein für das Deutschtum im Auslande“ hat die Erweckung hierzu als seine besondere Aufgabe erfohen. Da es wichtig ist, daß jene Pflicht schon der Jugend eindringlich zu Gemüte geführt werde, so halte ich es für erwünscht, daß die Lehreinhalten aller Gattungen es dem Verein ermöglichen und erleichtern, seine wesentliche Arbeit auch an der Schulljugend selber zu entfalten. Es sind demnach Schullräumlichkeiten für entsprechende Veranstaltungen des Vereins bereitwillig zur Verfügung zu stellen und die Schüler auf solche Veranstaltungen in geeigneter Belehrungsform hinzuweisen. Doch wünsche ich, daß an der Freiwilligkeit der Teilnahme festgehalten, Druck oder Zwang auf die Schüler nicht ausgeübt und eine Preisgabe von Unterrichtsstunden vermieden werde. Sollten irgendwo parteipolitische Spekulationen unterm Deckmantel der Vereinsbeschreibungen aufstehen, überhaupt der Verdacht einer unfaßlichen Ausnutzung des Deutschtumsgedankens nahegelegt werden, so ersuche ich um unverzüglich Bericht, da hierbei im Interesse des Auslandsdeutschtums und der großdeutschen Idee abgewehrt werden muß.

Dieses Eingehen auf die Interessen, Aufgaben und Ziele des Auslandsdeutschtums ist in dessen Interesse und in demjenigen unseres gesamten Vaterlandes sehr zu begrüßen. Zusammenhalt, Liebe zur Heimat, Pflege des nationalen Gedankens und der nationalen Güter, das ist in knappen Worten das Programm, das unsem Auslandsdeutschtum als Sammelwort dient.

Als erster und ältester Verein, der sich der deutschen Volksgenossen jenseits der Reichsgrenzen annahm, hat der Verein für das Deutschtum im Auslande Jahrzehnte hindurch alle Kraft eingesetzt, um die Massen zur Anteilnahme am Geschick der bedrohten Volksteile aufzurufen. Aber erst jetzt, 42 Jahre nach seiner Gründung — und nach dem fürchterlichen Zusammenbruch — wird weithin erkannt, was er immer wieder hervorhob, daß wir einseitig die staatliche Macht überschätzten und dabei vergessen hatten, daß wir trotz Reichseinheit, trotz wirtschaftlichen und militärischen Aufstiegs ein verstreutes Volk geblieben sind, und daß wir zu wenig getan haben, um mit Hilfe der Auslandsdeutschen in ähnlicher Weise die Welt für uns einzunehmen, wie dies anderen Völkern unter Benützung ihrer Volksgenossen im Auslande gelungen ist. Wäre dieses Wissen früher Allgemeingut gewesen, die Gegner, die unseren Aufstieg großden sahen, hätten nicht nach und nach die Welt gegen uns einnehmen können. Gut, daß wir wenigstens heute begreifen und daß wir mit dieser Erkenntnis auch der Hilfe nächst, alle Deutschsprechenden und Deutschfühlenden, wo immer sie leben, durch die dauernde Pflege reger Beziehungen, durch den Austausch von Geistes- und Wirtschaftsgütern in Verbindung mit dem Muttervolke zu halten.

Der Verein für das Deutschtum im Auslande ist 1881, kurz nach Gründung des Deutschen Schulvereins, Wien, entstanden und aus dessen reichsdeutschen Gruppen hervorgegangen. Seine Hilfe galt zunächst den siebenbürgischen Deutschen, die damals unter dem schweren magyarischen Druck standen. Bald stand der Verein mitten in der Arbeit. Der von den Deutschen leidenschaftlich aufgenommene Abwehrkampf, der gegen das vordringende Slaventum und gegen die Verwässerungsbestrebungen in Süd-Tirol geführt werden mußte, machte ihn bekannt. Es gibt kaum eines der gefährdeten altösterreichischen Gebiete, in dem das ringende Deutschtum nicht unmittelbar oder mittelbar durch ihn Förderung erfahren hätte. So sehr das Schwergewicht der Arbeit des Vereins also auch im Sprachgrenzgebiet Österreich-Ungarns lag, seine Sorge ging um das gesamte Deutschtum. Aufmerksam verfolgte seine Leitung die Entwicklung des Deutschtums in den anderen europäischen Ländern. Je nach der Lage und eigenen Stärke nahmen diese Deutschen im Auslande die Hilfe des Vereins für deutsche Schulen, Büchereien, Kindergärten usw. in Anspruch.

Anders als in den alten Volkstumsfestungen im Osten lagen die Verhältnisse für die Deutschen in den aufstrebenden amerikanischen Staaten. Zahllose von den früheren deutschen Einwanderern waren bereits in den neunziger Jahren amerikanisiert, hatten ihr Volkstum vergessen, so wie das alte Vaterland sie vergessen hatte. Schon im Jahre 1882 wandten sich Deutsche aus Brasilien mit Gesuchen um Hilfe an den Verein. In den neunziger Jahren entfaltete der Verein in den Vereinigten Staaten erstmalig eine eigene Tätigkeit. Etwa ein Jahrzehnt später hatten die Deutsch-Amerikaner ihren eigenen Deutsch-amerikanischen Nationalbund, der weite Kreise erfaßte. Noch inniger waren die Beziehungen des Vereins zum Deutschtum in den südamerikanischen Staaten. Der Krieg zwang den Verein, seine Kriegshilfe in erster Linie den vielen Tausenden deutschen Volksgenossen zuzuwenden, die aus Feindesland vertrieben und aller Existenzmittel beraubt, als Flüchtlinge in ihr Vaterland zurückstuteten. Daneben ging aber die Arbeit im Auslande weiter, nur in den Feindesstaaten und — je länger der Kriegszustand dauerte — in zunehmendem Maße in den überseeischen Ländern war ein Wirken unmöglich.

Der sogenannte Friedensschluß, der Millionen von Deutschen durch willkürliche Grenzen von ihrem Vaterlande trennte, hat das Arbeitsgebiet des Vereins vergrößert und damit seine Daseinsnotwendigkeit verstärkt. Mit Geld, Lehrmitteln, Bücherfundus, durch Beratung ausländischer Lehrer und vor allem durch Unterstützung aller Bestrebungen, die der Veranberaltung einer auslandsdeutschen Führerschaft dienen, hat der Verein, der seit Mai 1921 mit dem Wiener Schulverein zusammengeschlossen ist, eine tatsächliche Arbeit geleistet, die aus dem faktuellen Abwehrkampf unseres Volkstums einfach nicht wegzudenken ist. Neben den akademischen Kreisgruppen des Vereins dient die Fühlungnahme mit den verschiedenen akademischen Arbeitsstellen für grenzüberschreitende und auslandsdeutsche Arbeit dem genannten Ziele der Führerheranbildung. Sitzenden ermöglichten auslandsdeutschen Studierenden den Besuch deutscher Hochschulen und legen gleichzeitig die Verpflichtung auf, wieder in die deutsche Heimat zurückzukehren und dort in die deutsche Abwehrfront einzuspringen. Im vergangenen Jahre wurden insgesamt an 287 Studenten Studienbeiträgen gegeben. Das in Marburg mit Unterstützung des Vereins begründete Institut für Grenz- und Auslandsdeutschtum, mit der Deutschen Burse, dient den gekennzeichneten Sonderaufgaben des Vereins. Schon in der Schule nimmt der Verein die Fühlung mit der Jugend auf. Im verflorenen Jahre hat sich die Zahl der Schulgruppen auf über tausend vermehrt, täglich werden neue gegründet. Insgesamt 15 Millionen Mark sind allein durch die Schulsammlungen der Hilfsarbeit zugeführt worden. Um zu verhindern, daß künftige Geschlechter in der gleichen Unwissenheit über Verbreitung und Notlage des deutschen Volkstums in der Welt aufwachsen wie die vorhergegangenen, hat der Verein für das Deutschtum im Auslande mit Erfolg alle Kultusministerien veranlaßt, die Einführung der Deutschtumskunde, auch soweit außerhalb der Länder in Frage kommen, bei der zurzeit schwebenden Neubearbeitung der Lehrpläne zu berücksichtigen.

Neue Aufgaben von kaum zu übermägender Größe treten im laufenden Jahre an den Verein heran. Ist doch schon bereits deutsches Kerngebiet, wie Saarland und Ruhrland „Ausland“ im Sinne der Vereinsarbeit geworden. Es darf als ein verheißungsvoller Anfang begrüßt werden, daß in den ersten vier Monaten des neuen Jahres bereits für annähernd 50 Millionen Mark Unterstützungen bereitgestellt werden konnten.

Neben der Unterstützungsarbeit behält die Pflege und Verbreitung des Volkstumsgedankens, die Erziehungsarbeit ihre gleichwertige Bedeutung. Die Mitarbeit der Jugend in Schule und Hochschule bietet die Gewähr, daß der Verein in der Erfüllung seiner Aufgaben seine Jugendkraft sich erhalten wird. Ist er hoch auf dem besten Wege, in seiner weit über eine Million erfaßten Mitgliederzahl der große Volksoverein zu werden, den alle Eschichten als den unpolitischen und unparteiischen Träger deutscher Kulturarbeit im Auslande betrachten.

Im Zeichen nie erlebter Notforderungen wird die diesjährige, zum erstmalig gemeinsam mit dem Deutschen Schulbund abgehaltene Jahrestagung des Vereins stehen. Aber je größer die Not, um so notwendiger ist gerade dieser Verein gegen volksdeutsche Not, dessen seit Jahrzehnten geleistete Arbeit heute vom gesamten Volke aufgenommen werden muß, wenn Deutschland und das Deutschtum in der Welt nicht sterben sollen.

Briefkasten

B. M. S. Wenden Sie sich, bitte, an den Konsul für die Vereinigten Staaten in Stuttgart: A. Maxwell Moorhead, der Ihnen zur Erlangung der Adressen beihilft sein dürfte, wenn eine direkte Erledigung nicht möglich ist.

Wertbeständige Hypotheken. *)

Von Regierungsbaumeister Brunnich, Karlsruhe.

Die Bau- und Wohnungswirtschaft steht in einer Krise. Das Unternehmertum ist heute so verarmt, daß die Betriebsmittel aller Unternehmender einer Stadt kaum ausreichen, ein Bauobjekt mittlerer Größe zu finanzieren.

Die Industrie, die mehr von ihrer Substanz erhalten hat als das Unternehmertum, hat für den Wohnungsbau mancherlei getan. Ihre Interesse beschränkt sich jedoch begrifflicherweise immer nur auf die Unterbringung der Betriebsangehörigen.

Am meisten haben die öffentlichen Verwaltungsorgane durch ihre Maßnahmen die Bau- und Wohnungswirtschaft beeinflusst. Nachdem dieser durch die zwangsweise Bewirtschaftung der Mieten der Anreiz und die Möglichkeit genommen war, sich selbst zu betätigen, blieb als sozialpolitische Forderung die Notwendigkeit der größeren Leistung an den Behörden hängen.

Dann aber liegt es im Wesen der Arbeitsmethode aller Verwaltungsorgane, daß sie ihre Absichten niemals so schnell in die Tat umsetzt, wie es bei den täglich steigenden Preisen notwendig wäre.

*) Bekanntlich haben der Reichsrat und der Reichswirtschaftsrat einem Lebensentwurf über Wertbeständige Hypotheken zugestimmt, der dem Reichstag zur Beschlußfassung vorliegt.

den auch die zur Verfügung stehenden öffentlichen Gelder, wenn sie auch zahlenmäßig steigen, im Verhältnis zum Goldmarkwert der zu erbauenden Häuser kleiner werden müssen.

Alle Überlegungen über die Finanzierung des zukünftigen Wohnungsbaus sind ein Suchen nach einem wertbeständigen Faktor. Da eine große Anzahl der „Friedenshäuser“ voraussichtlich die jetzige wirtschaftliche Entwicklung überleben und wieder zu Goldmarkhäusern wird, bestehen keine Gründe, anzunehmen, daß die nach dem Krieg erbauten und in Papiermark bezahlten Häuser, einzeln Häuser mit Goldmarkwert werden und damit den alten Goldmarkhäusern gleichgestellt sind.

Unterziehen wir zunächst die Frage, in welcher Form wertbeständige Darlehen auf neu gebaute Häuser gegeben werden können. Nach dem Währungsstand bewertet sich die Goldmark auf etwa 17 500 Papiermark, während im Durchschnitt genommen nur etwa 10 000 Papiermark notwendig sind, um im Baugewerbe das gleiche geschaffen zu können, wie im Frieden für eine Goldmark.

Im Frieden war dies durch das Mietergebnis eines Hauses ohne weiteres möglich, beim heutigen künftigen Niedrigstand der Mieten nicht mehr. Der Weg, den Ausgleich zwischen den Papiermarkhäusern und der neuen Goldmarkhäusern herzustellen, ist noch nicht gefunden. Nun stellt der Zugang an neuen Häusern prozentual nur einen Bruchteil dar vom Bestand an Friedenshäusern, so daß der Wert

mögenswert der Friedenshäuser, in Goldmark ausgedrückt, den neuen Zugang um ein Vielfaches übersteigt. Um dieses Vielfache müßten die Friedenshäuser insgesamt an der Verzinsung der wertbeständigen Hypotheken der neuen Häuser teilnehmen unter Garantie ihres Gesamtbestandes, bis wir fittigemäß wieder Verhältnisse haben wie im Frieden.

Das würde zur Folge haben, daß bei sinkender Währung die Leistungen zugunsten der Papiermarkhäuser größer und bei steigender Währung kleiner werden, um beim Erreichen normaler Friedensverhältnisse ganz zu verschwinden. Von diesem Augenblick an werden die ursprünglich für die Papiermarkhäuser gewährten wertbeständigen Hypotheken Goldhypotheken sein, wie sie im Frieden auf neu gebaute Häuser gegeben worden sind.

Die Form ihrer Heranziehung an dieser Verzinsung bedarf noch genauer Überlegung. Die Wohnabgabe muß als Steuer erhoben werden. Da es bei der dauernd schwankenden deutschen Währung unmöglich ist, sie als Markbetrag stets im Verhältnis zur Goldmark richtig anzusetzen, muß sie wertbeständig oder als Goldmark entrichtet werden. Da nun im höchsten Falle auf 10 alte Häuser ein neues für die Zukunft notwendig sein wird, so kann man jetzt schon sagen, die Steuer wird, in Goldmark ausgedrückt, höchstens 10 Prozent der Summe betragen, die im Frieden zur Verzinsung der gewöhnlichen ersten Hypothek eines Hauses, d. h. 60 Prozent seines Wertes erforderlich war.

Der bisherige Zuschuß war zum Teil verlorener, zum Teil zu geben, daß der Staat oder die Kommune mit einer Rückzahlung nicht ohne weiteres rechnen. In anderen Fällen ist der gegebene Betrag in wesentlich schlechterer Währung zurückbezahlt worden.

Kapital auf. Da in dem neuen Vorschlag ein Risiko durch Währungsverlust nicht mehr vorhanden ist, soll an Stelle der Kapitalbeschaffung in Papiermark die wertbeständige Verzinsung des als wertbeständige Hypothek gegebenen Baukapitals treten.

Die Kapitalbeschaffung für die erforderlichen Hypothekengelder ist verhältnismäßig einfach. Man denke sich nur den Fall, daß die Einrichtung wertbeständiger Hypotheken schon seit Beginn unseres Währungssturzes bestanden hätte. Wieviel Kleinkapitalisten usw. hätten sich ihr, wenn auch kleines Vermögen mit einer wertbeständigen Verzinsung und damit eine Lebensmöglichkeit ohne staatliche Unterstützung erhalten können.

Dieser Vorschlag hat letzten Endes die Absicht, den Staat und die Kommune davon zu entbinden, eigene Betriebsmittel in den privaten Wohnungsbau hineinzuführen, da die Zeit nicht mehr fern sein wird, wo beide das nicht mehr können. Das Bauen wird sich dann nicht mehr als eine Betätigung der Vermögenden darstellen haben, da die geldliche Hilfe durch eine wertbeständige Hypothek auch prozentual zur Endbauunterstützung wesentlich größer ist, als der Zuschuß der öffentlichen Hand.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landesweiterwartung Karlsruhe.

Hoher Luftdruck breitet sich von Westen her östwärts über Mitteleuropa aus. Die Regenfälle haben daher bei zunehmender Erwärmung nachgelassen. Ein großes Tiefdruckgebiet vor der mittleren norwegischen Küste wandert unter Auflösung nordostwärts.

Weiterausblick für Mittwoch, den 20. Juni: Zeitweise heiter, mit noch vereinzelt leichte Strichregen, weitere Erwärmung.

Table with weather forecast data for Karlsruhe, including temperature and precipitation for June 19 and 20.

Advertisement for Schuhputz Nigrin, featuring an illustration of a person cleaning a shoe.

Advertisement for Prima Brenntorf, Wilh. Radmaier, Nürnberg.

Advertisement for Kartoffelverfeinerung, Am Donnerstag, den 21. Juni.

Advertisement for Vergas-Berfeigerung, Am Freitag, 22. Juni.

Advertisement for Zu vermieten, Möbl. Manfardenzimmer.

Advertisement for Junges Ehepaar sucht leere 2 Zimmerwohnung.

Advertisement for Grosses Magazin (Lagerschuppen).

Advertisement for Verloren u. gefunden, Goldener Ring mit Brillant.

Advertisement for Verkäufe, Bedstein, Möbel, etc.

Advertisement for Spielzimmer, nuss. pol. Buffet, etc.

Advertisement for Wohnung-Gewid., Eine Vier- und eine Fünfrückerwohnung.

Advertisement for Offene Stellen, Zum sofortigen Eintritt od. 1. Juli.

Advertisement for Stühle, Zuverlässige Stühle.

Advertisement for Email-Herde, Lackierte Herde.

Advertisement for Stellen-Gesuche, Köchin.

Advertisement for Anwesen, swed. Kapitalanlage hier zu kaufen.

Advertisement for Triumph Schreibmaschine, die beste.

Advertisement for Ankauf, Alt-Gold, Silbergegenstände.

Advertisement for Ankauf, Alt-Gold, Silbergegenstände.

Advertisement for Ankauf, Alt-Gold, Silbergegenstände.

Advertisement for Kaum glaubhaft, ist es, wenn man feststellt, daß in vielen Haushaltungen täglich guter Bohnenkaffee mit gerösteter Gerste oder Malzkaffee vermischt wird.

Advertisement for Edel-Nähr-Kaffee, mit 10, 20, 30 und 40% bestem Bohnen-Kaffee.

Advertisement for Vordrucke, für den behördlich vorgeschriebenen Preisausgang über die Tagespreise für Lebensmittel.

Advertisement for Ausgegangene Frauenhaare, kaufe zu neu festgesetzten, der Weltentwertung angepaßten Preisen.

Advertisement for Bade-Einrichtung, ältere, wenn auch defekt, sowie eine einzelne Badewanne oder Badesofen zu kaufen gesucht.

Badischer Landtag

1. Karlsruhe, 19. Juni. Zu Beginn der heutigen Nachmittagsitzung kam es zu einem kleinen Zwischenfall. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Hanemann (D.Nat.), ob die Regierung bereit sei, über die Verhandlungen mit dem Beamtenbund in der Urlaubsfrage Auskunft zu geben, wurde von Regierungsseite geantwortet: „Die Regierung ist jederzeit bereit, Auskunft zu erteilen.“ (Große Heiterkeit!) Abg. Mager (D.Nat.) rief zu der Regierung: „Rüpelei! Präsident Baumgartner: Ich muß diesen Ausdruck auf schärfste zurückweisen. Abg. Mager: Ich werde den Ausdruck wiederholen, wenn mir wieder eine solche Antwort erhalten.“ — Auf eine weitere Anfrage von deutschnationaler Seite über die Unterjochung über den Stand des Gerichtsverfahrens gegen die Land- und Siedlungsbank (Dagenghieslerunternehmen) wurde von einem Regierungsvertreter mitgeteilt, daß die Vorunterjochung noch nicht zum Abschluß gelangt sei. Die Erkrankung des Sachverständigen und der große Umfang des zu bewältigenden Stoffes haben die Fertigstellung des Gutachtens verzögert. Es ist aber zu hoffen, daß im Laufe des Sommers sie zu Ende gebracht wird. — Auf eine dritte deutschnationale Anfrage über Maßnahmen der Regierung bei Besetzung des Alt-Mannheimer Hafengebietes wurde von einem Regierungsvertreter erklärt, die Regierung habe Richtlinien aufgestellt, die sich aber nicht zur Veröffentlichung eignen.

In zweiter Lesung wurden ohne wesentliche Debatte in der Ausschussfassung angenommen: die Gesetzesentwürfe über die Aenderung des Hinterlegungsgesetzes, über die Aenderung des Einführungsgesetzes zu Reichsjustizgesetzen und der Gesetzesentwurf über die badische Kreisordnung. — Daran berichtete Abg. Sad (Zr.) über den Gesetzentwurf über die Aufhebung des Gesetzes über Maßregeln gegen die Reblauskrankheit. Durch die in letzter Zeit erlassenen reichsgerichtlichen Bestimmungen sind die badischen Gesetzesbestimmungen gegenstandslos geworden. Namens des Rechtsplegenausschusses stellte der Richterhatter den Antrag, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, für die Wiederbeplantung der Reblausherde Bezugsarbeiten aus den staatlichen Muttergärten kostenlos zur Verfügung zu stellen und die durch die Aufhebung des Gesetzes frei werdenden Mittel für die Reblausbekämpfung zu verwenden.

In der Aussprache gab Abg. Engelhardt (Zr.) dem Wunsch Ausdruck, es möge gefast werden, daß an Stelle der ausgedienten, verjüngten Reben bald junge, hochfrüchtige oder Grünfrüchte angepflanzt werden darf, damit der Ausfall für den Bodenbesitzer nicht zu groß ist.

1. Karlsruhe, 19. Juni. Dem Landtag ist ein Antrag des Bürgermeisters Gernsbach über den Ausbau der Realschule und ein solches des Badischen Handwerkskammertages über die Entschädigung der Werkstattelehrer zugegangen; ferner ist ihm eine Denkschrift des Gewerkschaftsverbandes Badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen in Karlsruhe über die Stromabflussbedingungen des Badenwerfers vom 1. April an zugegangen. — Die deutschnationalen haben eine Forderung über die Notlage der anerkannten Religionsgemeinschaften im Landtag eingebracht. — Das Amtsgericht Mannheim hat den Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Beck gestellt. Weiter ist dem Landtag eine Reihe anderer Gesetze, darunter solche von Beamtenorganisationen über die beruflichen Sonderzuschläge und solche von Einzelpersonen zugegangen.

Im folgenden stand zur Beratung ein Antrag Rötzel (Zr.) über die Förderung der Schafzucht und die Wiedereinführung der Gemeindefischerei und in Verbindung damit ein Antrag des Süddeutschen Schäferverbandes um Wiedereinführung der befördlichen und veterinärärztlichen Bestimmungen zur Ausübung der Waidwirtschaft. Berichterstatter Abg. Hertle (Zr.).

Nach einer kurzen Aussprache, an der sich die Abg. Engelhardt (Zr.), Dr. Matthes (D.N.), Schrant (Zr.) und Altek (Zr.) beteiligten, wurde der Antrag Rötzel einstimmig angenommen und das Gesetz des Süddeutschen Schäferverbandes wurde der Regierung in dem Sinne zur Kenntnisnahme überwiesen, daß in den Ländern eine möglichst einheitliche Regelung durchgeführt wird.

Nachdem noch der Abg. Dr. Hanemann (D.N.) einen Ausschussbericht über einen Landtagsantrag betr. die Aenderung des Jagdgesetzes (§ 3 des Jagdgesetzes soll dahin abgeändert werden, daß die Gemeinden berechtigt sind, die Gemeindefischen außer durch Verteilung auch auf dem Wege schriftlicher Angebots vergeben zu können und daß der Jagdreis in Sachwerten festgesetzt werden kann) erwiderte und dabei namens des Ausschusses beantragte hatte, wurde der Antrag die Zustimmung zu verweigern, dieses die Sitzung kurz vor 8 Uhr auf Mittwoch, vormittags 9 Uhr vertagt.

Tagesordnung: Keine Vorlagen.

Aus Baden

Steinbach, 19. Juni. Beim Nachsehen einer Reparaturarbeit kam gestern Abg. Kettler mit der Hochspannungsleitung in Verbindung und war sofort tot.

Gondelsheim b. Bretten, 19. Juni. Beim Gutachten auf dem Felde kam der 73jährige verwitwete Wilhelm Kappel von hier unter seinen umfallenden Wagen und wurde getötet.

Freiburg, 19. Juni. Am 17. ds. Mts. tagte hier der Landesverband der badischen Pflanzenschutz- und Hypothekenermittler. Der erste Vorsitzende, Girkens-Konstant, begrüßte besonders die württembergischen und Frankfurter Kreise und gedachte des verstorbenen ersten Vorsitzenden Dürrhamer, von der DWS-Gruppe Konstant, nachdem Girkens über die bisherige Tätigkeit der Verbandslitung und über die wichtigsten Tagesfragen gesprochen hatte, wurde eine Entschließung angenommen, die dem badischen Ministerium des Innern überreicht wurde, in der um Ausdrück gebracht wird, daß

der Provisionsstarif einer einheitlichen und den heutigen Verhältnissen entsprechenden Regelung entgegengeführt wird. Es wurde erneut dem sogenannten milden Vermittlerkampfe angesagt, um auch den Behörden zu dienen. Der organisierte Maflierstand erwartet auch, daß die zuständigen Behörden bei Erteilung der Erlaubnis zur Pflanzenschutzvermittlung mit den örtlichen Mafliervereinigungen ins Benehmen treten, um zu verhindern, daß sich unzulässige Elemente in diesen Beruf einschleichen.

W. Badenweiler, 19. Juni. Bei der Bürgermeistereiwahl wurde Dr. A. Kiefer-Freiburg zum Bürgermeister gewählt. Von 606 Wahlberechtigten hatten 589, also fast 90 Prozent, abgestimmt. Davon fielen auf Dr. Alfred Kiefer 319 und auf den Privatier Emil Nagel 220 Stimmen. Am Abend verammelten sich zahlreiche Bürger zur Begrüßung des neuen Bürgermeisters, wobei Dr. Kiefer für das ihm von der Wählerchaft entgegengebrachte Vertrauen dankte.

W. Meersburg, 19. Juni. Im Alter von 84 Jahren ist dieser Tage Geora Reichardt gestorben. Der Verstorbenen war der Senior der Gesellschaft der 101 Bürger von Meersburg, die alljährlich ihren historischen Trunk abhält.

Billingen, 19. Juni. Der abermalige Rückschlag der Kälte, der sich anfangs Juni in den hohen Bergen des Schwarzwaldes zeigte, hat vielerorts erhebliche Frostschäden gebracht. In den badischen Gebirgsstellen sind die gerade in voller Blüte stehenden Preiselbeeren von Frost und Schnee betroffen worden, so daß die reiche Wälder fast ganz der Kälte zum Opfer gefallen ist.

Konstanz, 19. Juni. Die „Konstanzer Zeitung“ wendet sich gegen die Ausführungen des „Berner Bund“, der von einer sterbenden Bodensee-Flotte gesprochen hatte, und vermutet, diese Bezeichnung dürfte vielleicht auf schweizer, nicht aber auf deutsche, und besonders nicht auf badische Verhältnisse zutreffen. Im badischen Verkehr stehen noch alle Schiffe im Dienst. Es sei denn, daß, wie dies auch in Vorkriegszeiten der Fall war, das eine oder andere vorübergehend sich auf der Werft zur Reparatur befindet. Wenn die Schweizer den Verkehr am Pfingstsonntag und die folgenden schönen Sonntage gesehen hätten, an denen die Kurse zwei-, sogar dreimal gefahren wurden, und dazu noch viele Sonderdampfer, dann würden sie wohl ihre Meinung anders eingestellt haben. Wir behaupten sicher nicht zu viel, wenn wir sagen, daß an den fraglichen Sonntagen der Verkehr so groß war, wie noch nie in Friedens- bezw. Vorkriegszeiten.

W. Konstanz, 19. Juni. Der Landesverband Badischer selbständiger Sattler, Tapezierer und Dekorateur hielt gestern unter Leitung seines ersten Vorsitzenden Burghardt-Heidelberg im oberen Konstanzer Saal seinen 6. Verbandstag ab, der aus allen Teilen Badens besucht war. Die Beitragsfestsetzung wurde dadurch erledigt, daß ein Stellenentwöhnungsprozent für den nächsten Jahres festgesetzt wurde. Der Denkschrift an die Regierung, die Seegrabensbewirtschaftung in die Hände des Verbandes zu legen, um sie den Seefahrern und Wädhern zu entreißen, wurde zugestimmt. Der Tarifvertrag soll bis auf weiteres bestehen bleiben. Als nächster Tagungsort wurde Heidelberg gewählt. Landtagsabgeordneter und Handwerkskammermitglied Dr. Herzlich hielt einen sehr interessanten und lehrreichen Vortrag über: „Das Handwerk und der Währungsverfall“. Er forderte für das Handwerk Einheit, die Berechnung der Preisstufung nach Goldmark, um dadurch die Substanz im Handwerk zu erhalten, denn nur so könne Gewerbe und Mittelstand vor dem gänzlichen Verfall gerettet und der Wiederaufbau des Vaterlandes ermöglicht werden. An den Vortrag schloß sich eine anregende Aussprache.

Konstanz, 19. Juni. Nach längerer Neuenzungsarbeiten ist das Rosgartenmuseum durch eine feierliche Eröffnungsfeier wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Gegenwärtig sind fünf Säle geöffnet. Die Arbeiten wurden von dem Sohn und dem Enkel des Gründers vorgenommen.

Aus dem Stadtkreise

Die neuen Postgebühren.

Der Postaussschuß des Reichstags hat eine Entschließung sämtlicher Parteien angenommen, wonach die Regierung bei Erhöhung der Telegraphengebühren in der nächsten Vorlage auf die Not der Presse und die Notwendigkeit der Erhaltung des Nachrichtenendienstes für die Öffentlichkeit gebührend Rücksicht nehmen soll. Ferner wurden die neuen inländischen und ausländischen Postgebühren angenommen. Die Gebührensätze für den einfachen Fernbrief werden danach von 100 M. auf 300 M. erhöht. Die gleiche Erhöhung erfolgt für die übrigen Briefgebühren. Der bisher niedrigere Gebührensatz für Anstaltskarten (Vorderseite fünf Worte) wurde fesseltig. Für Pakete ist die Erhöhung mäßiger gehalten. Der Höchstbeitrag für Postanweisungen wird in Anpassung an die Geldentwertung auf 500 000 M. erhöht. Die Gebühr für den einfachen Auslandsbrief wird von 300 auf 800 M. erhöht, die für die Auslandspostkarte auf 480 M., für die Auslandsdrucke auf 160 M. Als Grundgebühr für jedes Ferntelegramm wurden 400 M., Wortgebühr 200 M., für Orts- und Presselegatime 200 M. Grundgebühr und 100 M. Wortgebühr festgelegt. Der Feuerungsbeitrag für Fernsprechgebühren wird von 2900 M. auf 14 900 M. erhöht.

Wieder Brieftelegrame.

Nach einer Mitteilung des Reichspostministeriums werden vom 1. Juli an die Brieftelegrame, wie sie vor dem Krieg und auch in den ersten Kriegsjahren noch bestanden haben, wieder eingeführt. Diese Brieftelegrame werden telegraphisch weitergegeben, an ihrem Bestimmungsort aber durch den Briefträger bestellt. Es wird für diese Telegrame die Hälfte der Wort- und Grundgebühr erhoben.

Zum Verkehr nach dem Ruhrgebiet. Infolge Besetzung von Dortmund, Hül., Dortmund Süd, Hörde, Dortmundfeld, Langendreer und der Bochumer Bahnhöfe sind Verkehrsverbindungen

zum inneren Ruhrindustrialgebiet nicht mehr vorhanden. Personenzüge verkehren nur noch von Hamm bis Arol, Hamm bis Oberaden, Hamm über Welver bis Wicke-Möhlen, von Soest bis Wicke-Möhlen, Coesfeld über Dülmen bis Arol, Münster bis Sinsen, Vorken über Dorsten bis Gelsenkirchen-Bismarck. Von hier Pendelverkehr über Katernberg Nord bis Stappenberg, Dorsten bis Osterfeld, westlich über Sterkrade bis Hamm-Ruemühl, Wesel über Hamm-Ruemühl, Rohwinkel bis Arol. Der Durchgangsverkehr von Hamm über Anna-Schwerdt-Eberfeld-Köln ist noch frei. Von den Jugendkationen bestehen Strafverbindungen nach dem Innern des Ruhrgebietes.

Der Vollgebührentarif der bahntlichen Güterbeförderungen wird mit sofortiger Wirkung erhöht. Auskunft erteilen die Stationen.

Großhandelspreise Mitte Juni. Infolge des Marksturzes hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes vom 12. Juni auf das 17.80fache oder um 41.2 Prozent am 15. Juni gehoben. In den Hauptgruppen gingen die Lebensmittel um 88.06 Prozent auf das 12.78fache oder um 45.2 Prozent, die Industriepreise um 24.10 Prozent auf das 26.29fache oder um 34.4 Prozent in die Höhe, die Einfuhrwaren um 10.41 Prozent auf das 31.13fache oder um 60.3 Prozent.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 28 vom 14. Juni hat folgenden Inhalt: Gesetz zur Aenderung des Gesetzes, das Fortschrittsrecht und Fortschrittsverfahren betreffend. Verordnungen: des Staatsministeriums: über die Aenderung des Fleischenergesetzes vom 29. April 1886 in der Fassung des Gesetzes vom 13. Dezember 1922; des Ministeriums des Innern: das Ordnungsstrafverfahren wegen verbotenen Orientierungshandels; des Ministeriums des Innern und des Arbeitsministeriums: die wirtschaftliche Demobilisierung.

Das Reichsgesetzblatt Nr. 42 vom 19. Juni 1923 hat folgenden Inhalt: Verordnung über die weitere Erhöhung der Unterföhrung für Rentempfangler der Invaliden- und Angestelltenversicherung — Verordnung über Wohnhilfen — Verordnung über Wochenfürsorge. — Vierte Verordnung über Erhöhung von Zulagen und Geldbeträgen in der Unfallversicherung. — Dritte Verordnung über Erhöhung der Beiträge aus der Unfallversicherung für Gefangene.

Selbstmordverdict. Am Montag vormittag ist die 58 Jahre alte Ehefrau eines in Hiltbeim wohnenden Tagelöhners beim Absteigen hier in die Ab gefrungen. Sie konnte von Passanten noch rechtzeitig aus dem Wasser gezogen und im Krankenhaus ins städt. Krankenhaus gebracht werden.

Unfall. In einer Fabrik in Grünwinkel fiel vorgestern nachmittag beim Schneiden von Papier der Hebel der Papierstreichmaschine herab, wodurch einem verheirateten Buchbinder von hier drei Finger der linken Hand abgerissen wurden. Der Verletzte fand Aufnahme im städt. Krankenhaus.

Mitteilungen des Bad. Landestheaters.

Am Sonntag findet in der Wandelhalle des ersten Raues vormittags 11 1/2 Uhr eine musikalische Morgenfeier statt, deren Programm badische Komponisten befreiten. Zuerst gelangt das Trio Op. 54 für Klavier, Violine und Violoncello von Alexander Jesso, einem geborenen Karlsruher, durch die Herren Julius Bürger, Paul Trautwein und Oskar Voigt zur Wiedergabe. Hierauf folgen sechs Wiederkompositionen des jungen Komponisten Heinrich Levinger, gelungen von Fr. Breg. Den Schluß bildet das hier zur Aufführung kommende Streichquartett „Improvisation“ (Op. 88 in einem Satz) von dem Freiburger Julius Weismann, das durch das Karlsruher Streichquartett zu Gehör gebracht wird.

Die für Donnerstag angelegte Vorstellung von Eichenhorst „Freier“ kann wegen Erkrankung des Herrn Böder nicht stattfinden. Dafür geht das beliebte Nöhrliche Lustspiel „Die fünf Frankfurter“ in Szene. Herr Hubert Endlein tritt als Herr Gustav zum letztenmal in einer größeren Rolle auf.

Chronik der Vereine.

Der Karlsruher Turnverein 1846 und der Gesangsverein Concordia veranstalteten kürzlich auf dem A.S.B.-Platz gemeinsam ein Sommerfest. Es wurde eingeleitet durch einen Sommerauszug der Jugend, die um 3 Uhr von dem Endpunkt der Elektrizität (Südrstraße) nach dem Sportplatz zog. Eine Blasmusik zog voraus, dann kamen die Jugendturner mit Banner, Feilen, Sperrern und Langstaf, es folgten 21 Gruppen, zwischen denen sich eine große Schar von Kindern mit Sommerfesten vertrieb. Von den Gruppen sind besonders zu erwähnen das Mannheimer Anst. (1. Einzelpreis), eine humorvolle Ansprache auf das Turnfest in München, ein kleiner Amor (2. Preis), Rosenkranz (3.) und das kleine Marzartigen im blumengeschmückten Sportwagen (4.); ferner die Glodenblumen (1. Gruppenpreis), Wandermädel (2.), zwei Concordiabären (3.) und Hiddellmannen (4.). Auf dem Festplatz entwickelte sich ein richtiges Volksfest. Die Concordia unter ihrem hochbegabten Kammerer geleitete die Wirkung eines wohlbesetzten Männerchores. Die Hauptleistung des Festes lag in den Händen der Herren Seiberth und Senst. Erst spät am Abend verließ die Mehrzahl der Teilnehmer den Platz, auf dem man einige Stunden ungestörten Frohstuns, echter Freundschaft und Eintracht verlebte hatte.

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 17. Juni: Hermann Roedel, Hilfsarbeiter, Gemann, alt 40 Jahre. — 18. Juni: Elisabeth Ruge, alt 76 Jahre, Ehefrau des Hofmusiklers Heinrich Ruge. — 19. Juni: Luise Schick, alt 57 Jahre, Ehefrau des Chorleiters A. D. Leopold Schick.

Schule und Kirche

Ausbau der Volksschule und Hochschulfstudium.

Auf der dieser Tage in Baden abgehaltenen Tagung des Vereins badischer Schulaufsichtsbeamten, worüber schon berichtet wurde, sind nach einem Referat von Gehelmer Hofrat Eckhaer-Mannheim Leitätze angenommen worden, in denen es u. a. heißt: 1. Gemäß Reichsgesetz ist ab Oftern 1924 der Besuch der vierjährigen Grundschule Voraussetzung des Uebertritts in die höheren Lehranstalten. Da bisher in Baden zur Ausnahme in die untere Klasse im allgemeinen nur die Kenntnisse verlangt wurden, die durch einen 3/4 bezw. 2/3-jährigen Besuch der Volksschule erworben werden, ist zwecks organisieren Anbahnberufens der beiden Schulgattungen ohne Verzög dafür zu sorgen, daß sich der Lehrplan der höheren Schulen unmittelbar auf

dem Kindgemäß zu gehaltenden vierjährigen Grundschulunterricht aufbaut. 2. In Rücksicht darauf, daß die Schüler fünfzig um 1/4 Jahre gelöst reifer Meriten und die Kenntnisse eines vollen vierjährigen Schulbesuchs mitbringen, ist die Gesamtdauer des Schulbesuchs um 1/4 Jahr gegen bisher zu verkürzen.

Die nächsten Punkte fordern umfassende und gründlichere Schülerauslese in den höheren Schulen und geben Fingerzeige für die sorgfältige Beobachtung der Geist- und Willenskräfte der Kinder in kindgemäßer Unterrichtsbeziehung der Grundschule. Durch die Entlastung der höheren Lehranstalten ist ein entsprechender Ausbau der Volksschule ins Auge zu fassen. In besonderen gehobenen Klassen ist für entsprechend begabte Schüler der Bedürfnis der allgemeinen Volksschule in Anpassung an die Bildungsbedürfnisse der mittleren praktischen Berufe zu erweitern und der Bildungsanfang so zeitig abzuschließen, daß der Eintritt ins Erwerbsleben nicht wesentlich über die allgemeine Schulpflicht hinausgehoben wird. In größeren Schulformen können die beiden letzten Schuljahre so gestaltet werden, daß sie den einen Teil der Schüler mehr für die gewerblichen und industriellen, den anderen mehr für die kaufmännischen und Verwaltungsbereufe vorbereiten.

Gerichtssaal

Karlsruhe, 20. Juni. In Nr. 164 heißt es unter der Ueberschrift „Gerichtssaal“ (2. Absatz) u. a., daß der wegen mehrfachen Diebstahls zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilte Maschinenführer Ludwig Dörner aus Döbersrot bei der Bahnpost angefaßt und mit der Ueberleitung der Post zu den abgehenden Zügen betraut gewesen wäre. Daraus ist nur richtig, daß D. tatsächlich Postpakete gestohlen hat und deshalb verurteilt worden ist. Falsch sind aber die anderen Angaben. Dörner war Bahnangestellter und beim Fernheizwerk tätig. In Ausübung seiner Tätigkeit, die ihn öfters dienlich zum Postamt 2 (Sb) führte — die Heizung der Diensträume erfolgt durch das Fernheizwerk, ebenso hat dieses für die Unterhaltung der elektrischen Postanlage zu sorgen — hat Dörner Unterschlagungen von Postpaketen vorgenommen.

Gernsbach, 19. Juni. Wegen schwerer Schreibmaschinendiebstähle wurde der 20jährige Techniker Bruno Brun von hier vom hiesigen Schöffengericht zu zwei Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Konstanz, 19. Juni. Einen unerwarteten Erfolg hatte die Berufung des Sägemehlbefähigter Anton Stad von Hubermühle-Großschönach, der vom Amtsgericht Pfalldorf wegen unerlaubten Holzhandels und unerlaubtem Handel mit Vieh einen Strafbefehl von 500 000 M. erhalten hatte. Das Waidengericht verurteilte ihn nun wegen des Holzhandels zu 1 Milion, wegen Preistreiberie zu 200 000 M. und außerdem werden 25 000 M. vom Gewinn eingezogen.

Sport/Spiel

Fußball.

Karlsruher Fußballverein A. S. — F.C. Baden A. S. 3:0 (Halbzeit 1:0). Das am Sonntag wegen schlechter Witterung verschobene Spiel fand nunmehr am Dienstag abend im Hasenanger statt. Ein typisches, gemüht und humorvoll durgeführtes A.S.-Spiel, bei dem man jedoch bald sah, daß die technisch bessere F.C.S. Mannschaft siegen wird. Nachdem A.S. zwei Schmettern erbeutet hatte, machte schließlich doch ein Tor fallen und bei diesem Stande ist Pause. In der zweiten Spielhälfte brachte F.C. Baden zeitweise sehr aufregendes, doch der erwünschte Erfolg blieb aus, während A.S. noch zwei Tore erzielte und somit das zunächst sehr durgeführte Spiel mit 3:0 Toren zugunsten des A.S. endete.

Leichtathletik.

Schöne Erfolge konnte die Leichtathletikabteilung des A.S. bei den Nationalen Wettbewerben der Turngemeinde 1878 Seidlershausen gegen die beste deutsche Klasse wie Eintracht-Frankfurt, Mannheimer Turngesellschaft, Sportklub Stuttgart, erzielen. Im 100-Meter-Sprintwettbewerb lief Mannhardt gegen die guten deutschen Sprinter, Weber und Dörfel als Fünftler ein gutes Rennen. Spiel von dem Mannheimer Turngesellschaft wurde vierter. Bei dem 100-Meter-Lauf für Junioren mußte Herrwig als aussichtsreicher Gewinner infolge dreimaligem Sturz ausfallen. Die Zeit des Siegers war sehr mittelmäßig, so daß der Ausgang, falls Herrwig gelaufen, für diesen gewiß nicht ungünstig ausgefallen wäre. Im 800-Meter-Lauf wurde Weidlinger nach hartem Rennen dritter. Die 10x100-Meter-Staffel war dem A.S. nicht zu nehmen, obgleich er für Sauer, Rühlmann, Schmitt und Herrwig Ersatz anstellen mußte. In der Schweden-Staffel konnte der A.S. hinter der Mannheimer Turngesellschaft und Sportklub Stuttgart den dritten Preis erringen.

Segeln.

Am Samstag und Sonntag fanden in Friedrichslofen die diesjährigen Baden-See-Fußjahrsregatten statt. In beiden Tagen herrschten Sturm und kalte Regenböden mit einer unerschütterlichen Windstärke von 12 bis 16 Sekundenmetern, die zu den feierlichen Rennen der Bootselbungen die höchsten Anforderungen stellten. Zu der Regatta vor Lindau starteten von 44 gemeldeten Booten 37. Die Regatta mußte aber für unglücklich erklärt werden, nachdem eine Runde der großen Boote glatt verlaufen war, folgte das Markboot B von Schwaben infolge des hohen Seegangs voll und lenkerte. Infolgedessen konnte bei der zweiten Runde die Bahn nicht mehr ordnungsgemäß segelt werden und die Wettfahrtleitung sah sich gezwungen, die Regatta für unglücklich zu erklären; sie wird im Laufe des Sommers nachgeholt werden. Der größte Teil der Jachten hatte die Wettfahrt inbeson bis zum Schluß durchgehalten. Der Sonntag brachte die Besahrt von Lindau nach Friedrichslofen. Sämtliche Boote kamen bei dem harten Wind mit kurz gestrafften Segeln an den Start. Die Jollenflotte mußte ausfallen werden, da für sie das Wetter zu fürmlich war; es starteten somit nur 24 Boote. Die beste Zeit erzielte die Jacht Graf Ludner, die die Strecke in zwei Stunden 37 Minuten 51 Sekunden zurücklegte.

Tagesanzeiger

Mittwoch, den 20. Juni.

Bad. Landestheater: „Cavalleria rusticana“, „Der Bojazzo“, abends 7 bis 10 Uhr. Karlsruher Hausfräulein: Remission mit musikalischen Beiträgen, namnags 14 Uhr im Schloß. Residenz-Theater: „Friedrichs Rex“, 4 T. Welt-Kino: Neues Programm. Luceum-Theater: Neues Programm.

Wirtschafts- und Handelszeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 19. Juni (abends.)

Es kosten:

Brüssel	1 Fr. 7600.—	(früh. 0.80 M.)
Amsterdam	1 Gld. 57000.—	(„ 1.70 „)
London	1 Pfd. St. 670000.—	(„ 20.— „)
Paris	1 Fr. 9000.—	(„ 0.80 „)
Zürich	1 Fr. 26000.—	(„ 0.80 „)
Italien	1 Lire 6600.—	(„ 0.80 „)
Newyork	1 Dollar 145000.—	(„ 4.20 „)

Tendenz: fest.

Das Problem der Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens.

Die Vereinigung der leitenden Angestellten (V.E.A.) Berlin, der Spitzenverband der Verbände leitender Angestellter, hat zu der Frage der Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens Beschlüsse gefasst, die demnächst in einer Denkschrift der Reichsregierung und den beteiligten Körperschaften übergeben werden sollen. Darin wird u. a. gesagt:

Der fortschreitende und unaufhaltbare Verfall der deutschen Währung und die damit verbundene rapide Teuerungsbewegung rückt immer mehr die Frage der Erhaltung der Arbeitskraft, der Befriedigung des Arbeitseinkommens in den Vordergrund. Infolge des Nachsinkens der Arbeitseinkommen hinter den Geldwert- und Preisverfall hat sich eine zunehmende Entwertung der deutschen Arbeitskraft herausgebildet. Dieser volkswirtschaftlich und sozial höchstbedenkliche Zustand wird noch durch die feindliche Nebenwirkung der Beschlüsse, die sich an die mit notwendiger Folge immer wieder ergebenden Lohnkämpfe knüpfen, verstärkt. Die Teuerung und die zurückbleibenden Löhne und Gehälter bilden immer wieder eine nicht-vertiefende Quelle der Beunruhigung innerhalb des deutschen Wirtschaftskörpers. Arbeitskraft und Schaffensfreude werden durch diese drückende Sorge um die Wertanpassung gelähmt, Nervenzustand und Geist zum Schaden der einzelnen und der Betriebe verunruhigt. Hinzu kommt noch als Folge dieser Zustände die sich hieraus ergebende wirtschafts-ethische Zerrüttung, die Ueberhandnahme des Besessenen- und Schmiergeldmenschen, die Zunahme des manchmal nicht einwandfreien Nebenverdienstes der Arbeitnehmer. Durch alles dieses wird die Entwicklung der einzelnen Betriebe, wie überhaupt der ganzen deutschen Volkswirtschaft, untergraben. Vor allem aber werden durch die ewigen Lohnkämpfe immer weitere Kreise der Arbeitnehmerschaft durch den Selbstverhaltenstrieb der Arbeitskraft zum Klassenkampfhandpunkt hingezogen. Es erscheint daher notwendig, daß als Ausweg aus diesen sozial und volkswirtschaftlich ungesunden Zuständen für die Arbeitseinkommen das Geldwertanpassungsprinzip, das nichts gemein hat mit der geltenden Lohnpolitik, für alle Gewerbe- und Industriezweige durch reichsrechtliche Regelung festgesetzt wird, und zwar nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Das Prinzip der Geldwertanpassung der Arbeitseinkommen muß zugleich mit einem geeigneten Anpassungsmaßstab reichsrechtlich festgelegt werden.
2. Für die Anpassung des Arbeitseinkommens an die Geldwertveränderung müssen die Teuerungsvorgänge des Verbrauchermonates, und nicht, wie bisher, die des Arbeitsmonates berücksichtigt werden.
3. Als Maßstab für die Wertangleichung des Arbeitseinkommens ist die Großhandelsindexziffer zu nehmen. Nur bei Anwendung dieses Anpassungsprinzips wird eine Entspannung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eintreten.

Von den Börsenplätzen.

Frankfurter Börse.

Großenteils Abschwächung.

w. Frankfurt a. M., 19. Juni.

Nach der gestrigen Steigerung der Abenddevisen machte sich heute eine merkliche Abschwächung geltend. Der Geschäftsverkehr am Devisenmarkt war weniger lebhaft als an den letzten Tagen. Zeitweise herrschte eine große Unsicherheit vor. In den ersten Morgenstunden nannte man einen Kurs von 157 000, später schwächte sich der Dollar weiter ab auf etwa 150—148 000, bei Beginn der Börse 142 000. Valutapapiere waren entsprechend schwächer. Im Effektenverkehr von Büro zu Büro trat entsprechend dem Devisenverkehr eine größere Zurückhaltung hervor, so daß die heute genannten Kurse vorwiegend schwächer lagen. Besser gehalten sind verschiedene Industriaktien bei allerdings bescheidenen Kursveränderungen. Eine Ausnahme machte sich in dem sonst ruhigen Ver-

kehr bei Deutscher Effektenbank geltend, für die ein Kurs von 70 000 (gestern 50 000) genannt wurde. Deutsche Bank 150 000—155 000, Badische Anilin 242 000, Höchst 180 000, Elberfelder Farben 200—215 000, Mansfelder 300 000, A.E.G. 200 000, Kabelwerke Rheydt 215 000, Tiag 19 500, Api 170 000, Emelka 34 000, Growag 81—8200, Hansa Lloyd 46 000, Becker-Stahl 195 000, Becker-Kohle 190 000.

Berliner Börse.

Große Unsicherheit.

w. Berlin, 19. Juni.

Der gestern noch bedeutend erhöhte Kursstand der Devisen konnte sich im heutigen Vormittagsverkehr nicht behaupten. Es fehlten Käufer, und einige Realisationen führten zu nicht unerheblichen Abschwächungen. Langsam ging der Dollar unter Schwankungen bis auf 139 000 zurück. Allerdings trat später im Freiverkehr wieder eine Befestigung ein.

Die Ursache der Abschwächung wurde vielfach in der Meinung gesehen, daß die Reichsbank zur Stützung der Mark Schritte unternehmen werde.

Im Effektenhandel herrschte im Zusammenhang mit den Schwankungen am Devisenmarkt große Unsicherheit. Es wurden durchweg etwas niedrigere Kurse genannt. Interesse bestand für Kaliwerte.

Industrien / Handel / Verkehr.

Geldmarkt.

Zu dem Ergebnis der Reichsdollarschatzanleihe wurde im Untersuchungsausschuß des Reichstags mitgeteilt, daß nachträglich noch Doll. 2,5 Mill. gezeichnet worden sind. Damit erhöht sich der Betrag der insgesamt abgerufenen Stücke auf Doll. 15 Mill. Von der Differenz, die s. Zt. zwischen dem gezeichneten Betrag und der von den Banken übernommenen Garantie verblieb, seien 5 Proz. auf Grund des Vertrages zu zahlen gewesen. Ueber die Termine für die stoffweise Einzahlung des Restes schweben noch Verhandlungen.

Industrien.

Badenwerk. Die Aktien der Kohlenanleihe werden jetzt an der Berliner und Frankfurter Börse eingeführt.

In der G.-V. der Lothringer Portland-Zementwerke teilte die Verwaltung mit, daß sie als Entscheidung etwa M. 160 Mill. fast durchweg in zumteil recht langfristigen Schatzanweisungen erhalten, daß man aber auf Grund der letzten Novelle neue Verhandlungen aufgenommen habe. Ueber die weiteren Pläne sei man noch nicht schlüssig. Sowohl die 1487 in Lothringen vom französischen Liquidator beschlagnahmten Aktien, wie die neuen M. 5 Mill. Stammaktien und M. 0,5 Mill. zwölfstimmigen Vorzugsaktien werden nach Weisung der Verwaltung verwendet; irgend welche Einschränkungen, außer zeitlicher Befristung (1. Juli 1924), sind nicht vorgesehen.

Oberrheinische Treuhand A.-G., Pforzheim. Die Generalversammlung am 16. Juni genehmigte die Regularien und setzte die Dividende auf 25 Proz. fest. Die von der Verwaltung beantragte Kapitalerhöhung auf 10 Mill. wurde einstimmig beschlossen. Danach wird den alten Aktionären ein Bezugsrecht von 6:1 zum Kurse von 150 Proz. eingeräumt, während die restlichen 3 Mill. Aktien von der Verwaltung im Interesse der Gesellschaft verwertet werden sollen und, wie mitgeteilt wurde, auch schon untergebracht sind. — Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt: Direktor Blüchel (Printz A.-G.) Karlsruhe, Direktor Dr. Oskar Götz (Sachwerte A.G.) Berlin, Privatmann Robert Kayser, Pforzheim, Oberleutnant a. D. Knecht, Freiburg, Fabrikant und Stadtrat Alb. Kuppenheim, Pforzheim, Generaldirektor Dr. Ritzau-Ritzau-Konzern) München, Direktor Schlüter (Schlüter A.-G.) Bruchsal, Rechtsanwalt und Stadtrat Steinel, Pforzheim, Verlagsbuchhändler O. Stollberg, Berlin, Syndikus Dr. Walli (Bad. Metallindustrieverband) Karlsruhe, Generaldirektor Dr. Winkelstroeter (Biber A.-G.) Karlsruhe, Generaldirektor Wollheim (Wollheim Konzern) Berlin-München. — Wie aus dem von Generaldirektor Sutter erstatteten Geschäftsbericht hervorgeht, können die Aussichten der Gesellschaft unter dem durch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse gebotenen Vorbehalt als durchaus günstig bezeichnet werden. Die Hauptstelle in Pforzheim, wie auch die Zweigniederlassungen in Karlsruhe, Konstanz und Freiburg seien auf Monate hinaus und bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit mit Aufträgen versehen.

Schiffahrt.

Juli-Fahrplan des Norddeutschen Lloyd Bremen. Bremen—Newyork: Bremen Southampton—Cherbourg—Newyork: Ab Bremen: D. „Präsident Arthur“ 4. Juli, D. „George Washington“ 11. Juli, D. „America“ 20. Juli, D. „Präsident Roosevelt“ 25. Juli. Bremen—Newyork direkt: Ab Bremen: D. „Seydlitz“ 7. Juli, D. „York“ 14. Juli, D. „Bremen“ 21. Juli, D. „Präsident Fillmore“ 26. Juli, D. „München“ 28. Juli. Bremen—Philadelphia—Baltimore: Ab Bremen: D. „Holstein“ 17. Juli. Bremen—La Plata: Ab Bremen: D. „Köln“ 7. Juli. Bremen—Brasilien: Ab Bremen: D. „Hornsund“ 21. Juli; ab Hamburg: D. „Hornsund“ 27. Juli.

Bremen—Ostasien: Ab Bremen: D. „Kasama“ 11. Juli; ab Hamburg D. „Kasama“ 18. Juli; D. „Weser“ ab Bremen 21. Juli; D. „Weser“ ab Hamburg 28. Juli. Bremen—Australien: Ab Bremen: D. „Hagen“ 14. Juli.

Indienststellung des „Albert Ballin“. Am Samstag und Sonntag den 16. und 17. Juni hat der bei Blohm & Voß erbaute Doppelschrauben-Turbinendampfer „Albert Ballin“ der Hamburg—Amerika-Linie seine technische Probefahrt in der Nordsee erledigt, die zur vorbehaltlosen Abnahme des Schiffes und aller seiner Einrichtungen von Seiten der Hamburg—Amerika-Linie geführt hat. Das Schiff, das grundlegende Neuerungen der Schiffskonstruktion und eine Getriebe-Turbinenanlage von höchster baulicher betrieblicher Oekonomie erhalten hat, stellt die Durchführung des auf 15,5 Knoten Ozeangeschwindigkeit basierenden Fahrplanes vollkommen sicher. Die Stabilitäts- und Manövereigenschaften des „Albert Ballin“ entsprechen den Voraussetzungen der Bauwert. Mit dem „Albert Ballin“ ist ein Schiffstyp von denkbar größter Wirtschaftlichkeit in Bau und Betrieb geschaffen worden. Die Einrichtungen des Dampfers sind in allen Klassen vornehm und gediegen, aber ohne übertriebenen Luxus durchgeführt. Ebenso ist bei den Wirtschaftseinrichtungen alles gesehen, um die Traditionen der Hamburg—Amerika-Linie hinsichtlich der Verpflegung fortzusetzen. Das Schiff wird seine erste Ausreise nach Nordamerika am 5. Juli antreten.

Verschiedenes.

Eisenhalbfabrikate. Der Bundesrat hat, gestützt auf den Beschluß vom 18. Februar 1921 beschlossen, anlässlich der Aenderung des Zolltarifes eine Herabsetzung des Einfuhrzollses für Eisenhalbfabrikate vorzuschlagen.

Der Newyorker Bankkrach. Die exotischen Engagements der Firma Knauth, Nachod & Kühne sollen z. Tz. in Oelshares bestehen. Der Leipziger Rauchwarenhandel, der viel in Doll. reguliert, soll teils direkt, teils über die ehemalige Schwesterfirma in Leipzig Guthaben in Newyork unterhalten haben. Ob sie aber belangreich sind, muß man abwarten. Der Receiver ist seit Donnerstagabend tätig.

„Handbuch der Reichs-, Privat- und Kleinbahnen“ verbunden mit einem Verzeichnis der Eisenbahnen-Neu-, Um- und Ergänzungsbauten, 490 Seiten stark. Preis M. 400, Verlag technischer Zeitschriften, H. Apitz, Berlin W. 57, Mansteinstraße 12. Das Handbuch enthält eine Uebersicht der Verwaltungsbehörden der Deutschen Reichsbahn und ihrer Geschäftsbezirke, eine Uebersicht der deutschen Privatseisenbahnen und nebenbahnlischen Kleinbahnen und ihrer Verwaltungsstellen, sowie ein Verzeichnis der außerdeutschen Staats- und Privatseisenbahnen. Neben den behördlichen Angaben und der Abgrenzung der Verwaltungsbezirke der Eisenbahn enthält das „Handbuch der Reichs-, Privat- und Kleinbahnen“ die Namen der Dienststellen-Vorstände unter Angabe ihres Amtscharakters, sowie ein ausführliches Verzeichnis der Eisenbahn-Neu-, Um- und Ergänzungsbauten. Das Handbuch soll dazu dienen, der Geschäftswelt den Verkehr mit den Eisenbahnen zu erleichtern; sei es beim Schriftwechsel aus Beförderungsverträgen oder bei Uebernahme von Lieferungen und Leistungen.

Von den Märkten.

Berliner Metallmarkt. 19. Juni. Elektrolytkupfer 50 540, Originalhüttenroh-zink 20 312,39, Raffinadekupfer 46 500, 47 500, Originalhüttenweicheblei 17 500, 18 500, Originalhüttenzink 19 000, 20 000, Remetted-Plattenzink 16 000, 17 000, Originalhüttenaluminium 79 500, Bankzinn 137 000, 138 000, Hüttenzinn 134 000, 136 000, Reinnickel 84 000, 85 000, Antimon-Regulus 16 500, 17 500, Silber-Barren 3 025 000, 3 075 000, Platin 450 000.

Hamburger Metallmarkt. 19. Juni. Silber ca. 900 fein, prompt 2825, 2700, per Juni 2825, 2700, per Juli 2875, 2775, per August 3125, 3050; Zink-Hütten 19 300, 18 800, per Juni 19 300, 18 800, per Juli 19 500, 19 000, per August 21 500, 20 800; Weicheblei ab Lager 17 800, 16 800, ab Hütte 17 800, 16 800, raffiniert 16 500, 15 500; Bankzinn 132 000, 122 000; Kupfer, greifbar 49 000, 44 000, raffiniert 45 000; Kupfer, greifbar 49 000, 44 000, raffiniert 48 000; Gold 98 000, 93 000; Platin 480 000, 440 000.

Hamburger Altmittelmarkt. 19. Juni. Kupfer 63,50, 66,50, Rotguss 46,50, 48,50, Messing, leicht 33,50, 35, Messingspäne 33, 34,50, Messingguss 35, 37,50, Blei 18, 20, Zink 19, 21.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Leipziger Mietmieten.

Das Sächsische Ministerium des Innern — Landeswohntungsamt — hat auf einen entsprechenden Bericht des Rates der Stadt Leipzig im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium sich mit der von der paritätischen Mietausgleichskommission vorgeschlagenen Berechnung der gesetzlichen Miete für Rekräume in Leipzig einverstanden erklärt. Die Teilung der Miete in eigentliche Miete und Verflechtungsaufschlag gemäß § 10 des Reichsmietengesetzes hat damit die behördliche Genehmigung erfahren. Eine gegen diese Berechnungsweise gerichtete Be-

schwörung ist vom Ministerium zurückgewiesen worden. Da außerdem, wie kürzlich bekannt geworden ist, durch zweifelhafte Entscheidung des Leipziger Landgerichts ausdrücklich anerkannt wurde, daß die Rekräume in Leipzig dem Reichsmietengesetz unterliegen und die darüber abgeschlossenen Verträge als Mietverträge anzusehen sind und unter die Mieterschlusverordnung fallen, sind nunmehr die letzten Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Berechnungsweise der Miete und der Einrichtungen zum Schutze der Mietseller beseitigt. Inzwischen hat sich wohl einerseits auf Seiten der Vermieter, andererseits auf Seiten der Mietseller langsam die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß die teilweise von beiden Seiten bekämpfte Regelung sämtlichen Interessen Rechnung trägt und daher geeignet ist, den lange Zeit durch vielfach bedenkliche Maßnahmen gestörten Wirtschaftsfrieden auf der Leipziger Messe allmählich wieder herzustellen.

Gerüchte von einer neuen Stabilisierung.

wurden gestern an den Börsen kolportiert. Diese Maßnahme werde von den Gewerkschaften dringend gefordert. Der Zeitpunkt werde als günstig angesehen, weil die Devisen im Augenblick eine schwächere Haltung aufweisen.

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 19. Juni.

	18. Juni.		19. Juni.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Brüssel	7990	8020	7531.10	7568.90
Holland	58852.50	59137.50	56858	56942
London	68285	68735	68842.50	68862.50
Paris	9376.50	9423.50	8778	8822
Schweiz	26635.25	26766.75	25885.50	25814.40
Spanien	21645.25	21754.75	21237.75	21353.25
Italien	6758.05	6791.95	6533.75	6585.45
Lissabon				
Dänemark	26782.87	26917.13	25735.50	25864.50
Norwegen	24331.25	24462.75	24039.75	24160.25
Schweden	59301.50	59498.50	58603.25	58796.75
Helsingfors				
Newyork	15218.75	15281.25	15137.60	15229.40
Wien (alten)				
Dtsch. Ost.	213.50	214.50	213.50	214.50
Budapest	1746	1754	1571	1579
Prag	4488.75	4511.25	4728	4762
Sofia				
Agram	1670.80	1679.20	1797.50	1804.50

w. Berlin, 19. Juni.

	18. Juni.		19. Juni.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	57855	58145	54663	54937
Brüssel	7905	7945	7381.50	7418.50
Christiana	24538.50	24561.50	23142	23258
Kopenhagen	26334	26466	25037	25163
Stockholm	59105	59296	58286	58477
Helsingfors	4089.50	4110.50	4064.50	4085.50
Italien	6783	6817	6359	6391
London	68079	68407	64387	64813
Lissabon	14730	14870	13858	14008
Paris	9236.50	9283.50	8703	8741
Schweiz	26635.50	26666.50	25087	25213
Newyork	21945	22055	20947.50	21082.50
Wien (alten)				
Dtsch. Ost.	207.97	209.03	219.45	220.35
Prag	4438.50	4461.50	4438.50	4461.50
Budapest	1596	1604	1596	1604
Lissabon				
Bulgarien	1870	1880	1955	1965
Buen-Aires	52867.50	53132.50	49875	50128
Japan	72069	72431	68827.50	69172.50
Rio de Jan.	15211.50	15282.50	14563.50	14636.50
Urosalavon	1620.50	1629.50	1705.50	1714.50

Devisenkurse im Freiverkehr

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co. Karlsruhe.

	a) vorbörslich		b) nachbörslich	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	54500	54750	51800	52100
Schweiz	24900	25070	23700	23950
Paris	8600	10050	8150	9640
Belgien	7400	8920	7100	8190
London	640000	785000	610000	721000
Newyork	138500	170000	132000	156000
Italien	6300	7715	6000	7082

Tendenz: leichter schwankend.

100 Mark in Zürich: 0,37 Cts.
100 franz. Frks. in Zürich: 34,50 Frks.
Engl. Pfund in Paris: 74,25 Frks.

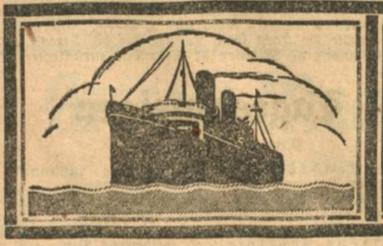
Unnotierte Werte.

Mitgeteilt von Baer & Elend, Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 26

	eirka	eirka	
Adler Kall	32000	Petersbgr. Int.	29000
Api	18000	Rastatter Wagon	5300
Bad. Lokomotivwerke	28000	Rodi & Wiensberger	70000
Baldur	20000	Russenbank	31000
Becker Kohle	19800	Sichel	11000
Becker Stahl	20000	Slovak	28000
Ben	20030	Tischgraber	60000
Brown Boveri	50000	Textil Meyer	12000
Deutsche Lastauto	38000	Tahak-Handels-A.-G.	1600
Deutsche Petroleum	41000	Ufa	90000
Germania Linoleum	12000	Bad. Kohlenw.-Anl.	42000
Hansa Lloyd	49000	6% Mannh. Kohlenw.	
Heidberg Vorzuge-Akt.	65 0000	Anleihe	400000
Inag		7% Sächsische Braun-	
Kabel Rheydt	205000	Kohlen-Anleihe	30000
Karstadt	19000	5% Rhein-Main-Donau	
Knorr	135000	Dollar-Anleihe	130000
Krägerhall	180000	5% Neckarwerke Gold-	
Landeswirtschaftsstelle		Anleihe	130000
für das Badische Hand-		5% Preussische Kai-	
werk	1500	Anleihe pro 100 kg	
Maurer Spritzmetall	38000	5% Preussische Roggen-	
Möninger Brauerei	30000	wert-Anleihe p. Ztr.	
Offenburger-pinnerol	60000		

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Herrschaftler Sieger Kohnmann hat bei dem Vergleichen „Stuttgarter-Solitude“ den Sieg mit einem Pefas-Sitzenwagen der Pefas-Fabrik G. m. b. H., der in Karlsruhe gebaut ist, errungen. Der Erfolg war ihm nur dank der vollkommenen Konstitution möglich.



HAMBURG - AMERIKA LINIE / **UNITED AMERICAN LINES**

D. „Albert Ballin“ erste Abfahrt **Hamburg - New York** am **5. Juli**

Auskunft durch die Geschäftsstelle **Karlsruhe, E. P. Nieke, Kaiserstraße 215.**